Wir

Älteren in den Gewerkschaften in Bremen und Bremerhaven

Nr. 24 - 2015

Grundeinkommen

Seite 3

Leiharbeit

Seite 15

Frieden mit der Ukraine

Seite 26

Liebe Leserin, lieber Leser,

Editorial

Wir sind mit einer im wahrsten Sinne des Wortes vollen Ausgabe unserer Zeitung am 1. Mai bei euch. Sowohl inhaltlich als auch vom Themenspektrum her haben wir euch mehr zu sagen - deshalb sind wir diesmal bei 32 Seiten angekommen.

Am Anfang haben ein immer wieder aktuelles und kontroverses Thema: das bedingungslose Grundeinkommen. Auch bei uns in der Redaktion waren und sind wir bei der Frage BGE nicht einer Meinung. Gerne würden wir auch wissen wollen, wie ihr darüber denkt. Wir hoffen, dass die drei Artikel in dieser Nummer eine weitere Diskussion dazu anstoßen.

Wir greifen unsichere Arbeits- und Lebensverhältnisse auf. Leider verschlimmert sich die Lage für die Lohnabhängigen. Bremen hat die größte Dichte an Leiharbeitsfirmen, an die sie auch vom Jobcenter verwiesen werden. Im Interview ist plastisch zu sehen, was prekäre Arbeit auch für gut ausgebildete junge Menschen bedeutet. Diese prekäre Tendenz ist ein europaweites Phänomen. Gerade in den südlichen EU-Ländern ist die Lage dramatisch. Dr. Papanagiotou beschreibt die Situation in seinem Land, wo die am besten ausgebildete Generation das Land verlassen muss. Eine Perspektive in ihrer Heimat sehen die jungen Menschen nicht.

Geschichte wiederholt sich zwar nicht, kann aber manchmal ähnlich verlaufen. Prof. Wollenberg erinnert uns an den Umgang des deutschen Kapitals mit Osteuropa. Die Lage ist auch heute beängstigend. Ein neues Abenteuer muss unbedingt verhindert werden. Dafür muss man sich besser und objetiv informieren.

Wir wünschen euch einen kämpferischen 1. Mai und viel Spaß beim Lesen. Wir freuen uns wie immer über Eure Anregungen, Artikel und Briefe.

In eigener Sache

Alle Ausgaben unserer Zeitung „Wir" sind im Internet als PDF-Dateien einsehbar:
www.aulbremen.de/seniorenzeitung-wir

Inhalt

Bedingungsloses Grundeinkommen - ein Kulturimpuls **3**

Das bedingungslose Grundeinkommen – eine menschenfreundliche Illusion **5**

Keine überzeugende Antwort auf Hartz IV **8**

Ungesicherte Arbeitsverhältnisse – ungesicherte Lebensverhältnisse **12**

Interview mit Leiharbeiterin Silke Steinfuß* **15**

Griechenland - keine Gefahr sondern eine Chance für Europa **18**

Interview mit Dr. Panagiotis Papanagiotou **20**

AfD und PEGIDAs **22**

„Bäume sind Gedichte, die die Erde in den Himmel schreibt" **25**

„Frieden" mit der Ukraine am 9. Februar 1918 **26**

Wolfgang Bielenberg berichtet aus Neuseeland **30**

Heideruh: eine antifaschistische Erholungs- und Begegnungsstätte **31**

Bedingungsloses Grundeinkommen - ein Kulturimpuls

Bernd Krause

Utopie oder Zukunftsmodell

Viele von uns haben bei ihm schon einmal eingekauft, bei einem der erfolgreichsten Unternehmer Deutschlands, Götz Werner, Inhaber des *dm drogeriemarkt*.

Seit 2005 tritt er für ein bedingungsloses Grundeinkommen ein, als Professor h.c. hält er Vorlesungen an der Universität Karlsruhe u.a. Den Studierenden vermittelt er, dass das bedingungslose Grundeinkommen ein wirtschaftliches Bürgerrecht ist. Es sichert das Leben auf einem bescheidenen aber tragfähigen Niveau. Es macht die dafür nötige Einkommenshöhe bedingungslos. Mit dem BGE wird die Gesellschaft sozialer, freiheitlicher, wirtschaftlicher, familienfreundlicher, ökologischer, sinnorientierter, angstfreier, krisenfähiger, bewusster, zukunftsfähiger und spannender. Wir entwickeln eine Sozialkompetenz. Die Wirtschaft hat die Aufgabe, die Menschen von der Arbeit zu befreien.

Nun ist er nicht der Einzige in Deutschland oder Europa, der für ein BGE eintritt, es gibt schon einige Bürgerinitiativen, in Österreich, der Schweiz und bei uns und es werden immer mehr.

Das Bedingungslose Grundeinkommen polarisiert sehr stark.

Aber früher oder später könnte ein Systemwandel in Richtung BGE kommen einschließlich einer grundlegenden Veränderung im Steuer- und Abgabenwesen. Zwischen Arm und Reich wird die Kluft immer größer. Banken werden mit Milliarden gestützt und bei Bildungs-, Gesundheits- und Sozialausgaben wird mehr und mehr gekürzt. Große Unternehmen zahlen kaum noch Steuern oder nur 1% in Luxemburg und Holland und Superreiche, die Steuern hinterzogen haben, werden durch zwischenstaatliche Abkommen mit Straffreiheit belohnt. Hartz IV Empfänger hingegen werden durch Kontrollen, Sanktionen und Druck, schlechtbezahlte oder unwürdige Jobs anzunehmen drangsaliert. Die menschliche Arbeitskraft wird derzeitig immer stärker reglementiert und Arbeitsschutzgesetze global ausgehebelt oder unterlaufen (TTIP).

Im Sommer letzten Jahres diskutierte die Gewerkschaft GEW in Bremen das Für und Wider. In dieser Diskussion vertrat der Kollege Hans-Jürgen Arlt, er leitete von 1993 bis 2003 die Abteilung Öffentlichkeitsarbeit beim DGB, die These, dass die sogenannte Arbeitsgesellschaft in Wirklichkeit eine Arbeitsbehinderungsgesellschaft sei. Er plädierte für ein Grund-

„Ein Leben in Würde ist nur mit der bedingungslosen Absicherung der grundlegenden materiellen Existenz und gesellschaftlichen Teilhabe möglich".

Götz Werner

einkommen, um die Arbeit aus der Fessel der kapitalistischen Ökonomisierung und der Wachstumslogik zu befreien.

Bei anderen Initiativen habe ich folgende Vorteile für **Arbeitnehmer** gefunden:

- Sozialstaatliche Gängelung fällt fort.
- Niemand kann mehr auf Grund einer Notlage ausgebeutet und zu sinnlosen, entwürdigenden Arbeiten gezwungen werden.
- Arbeitgeber müssen um Arbeitnehmer werben.
- Jeder Zuverdienst ist für den Arbeitnehmer frei verfügbares Vermögen, es muss nicht für Finanzierung der Lebensgrundbedürfnisse eingesetzt werden.
- Das Lebensgefühl der Menschen wird geachtet.
- Zusammengenommen: Grundeinkommen ist das schönste Arbeits-Motivations-Programm.

Für **Arbeitgeber** gebe es folgende Vorteile:

- Hohe Motivation der eingeworbenen freien Mitarbeiter.
- Das eigene Grundeinkommen und das der Familie ist gesichert.
- Der Arbeitgeber muss bei der Entlohnung nicht mehr die Lebensgrundbedürfnisse der Mitarbeiter finanzieren.
- Personalintensive (dienstleistungs-) Arbeit im Sozialen, in der Bildung, im Umweltschutz.

Gesamtgesellschaftlich fand ich folgende Aspekte:

- Ältere Menschen geraten auch bei unzureichenden Rentenansprüchen nicht in Not, dürfen Geld hinzuverdienen und hinzuerhalten und bleiben von sozialstaatlicher Gängelung ihrer Lebensführung frei.
- Familien werden unterstützt: Kinder bringen das Geld für ihren Lebensunterhalt gewissermaßen mit.
- Studium, Aus- und Weiterbildung sind jederzeit möglich, da die Lebensgrundhaltungskosten gedeckt sind.
- Jeder wird freigestellt, das zu tun, was er selbst für richtig hält.

Aber auch Gegner gibt es. Claus Schäfer, früher Leiter des Wirtschaft- und Sozialwissenschaftlichen Instituts bei der Hans-Böckler-Stiftung sagte, dass es nicht finanzierbar wäre und wenn, dann nur auf Kosten der öffentlichen Infrastruktur und Dienstleistung.

Bekannt ist, dass die Gewerkschaft GEW und auch die Partei DIE LINKE sich weiterhin mit dem Thema beschäftigen wollen, da derzeitig doch von beiden Seiten, Befürwortern und Gegnern, pauschale Behauptungen aufgestellt werden oder gar Nebelkerzen geworfen werden. Aber nicht nur diese beiden reden darüber. Quer durch die Parteien wird diskutiert, so z.B. Dieter Althaus (ehemaliger Ministerpräsident von Thüringen, CDU), Hans-Christian Ströbele (GRÜNE), Katja Kipping (Chefin LINKE), Guido van den Berg (Abgeordneter im Landtag von NRW, SPD) und auch Wissenschaftler beschäftigen sich schon länger damit: Thomas Straubhaar, ehemaliger Präsident des Hamburger Weltwirtschaftsinstitutes, Wirtschaftsnobelpreisträger Milton Friedman und die liberale Legende Lord Ralf Dahrendorf.

Freiheit statt Freizeit

Das Geld für solche Umwälzungen wäre meiner Meinung da. Vorstellbar wäre ein monatlicher Betrag zwischen 1200 und 1500 € für Erwachsene, für jedes Kind 1000 €. Heute wird es allerdings so ausgegeben, dass die Menschen immer unfreier werden, durch Hartz IV, Kombilohn und ergänzende Zulagen. Die Bevölkerung verarmt zunehmend. In Deutschland ist schon jetzt jedes sechste Kind von Armut betroffen. Dies sind 2,4 Millionen Kinder. Sie werden zukünftig u.a. keinen gleichberechtigten Zugang zu Bildung haben. Das bedeutet, dass Millionen Kinder und Jugendliche durch Armut ausgegrenzt und stigmatisiert werden. Da jeder Mensch ein Grundeinkommen haben soll, handelt es sich nicht um eine neue „Sozialleistung“, sondern es entsteht ein neuer Gesellschaftsvertrag.

Hinweisen möchte ich noch auf die Petition 1422 aus dem Jahre 2008 von Susanne Wiest, Reformvorschläge in der Sozialversicherung - Bedingungsloses Grundeinkommen. Damals sind die Server der Bundesregierung zusammengebrochen, weil innerhalb kürzester Zeit über 50000 Menschen diese Petition unterstützt hatten.

Und auch sehr empfehlenswert ist der Film von Daniel Häni und Enno Schmidt: „Grundeinkommen - Der Film“

Quellen: Götz Werner, unternimm-die-zukunft.de; GEW; Deutscher Kinderschutzbund Bundesverband e.V. Berlin; Bachelorarbeit von Suzan Grüner, Hochschulbibliothek der Evangelischen Hochschule Berlin

Das bedingungslose Grundeinkommen – eine menschenfreundliche Illusion

Margot Müller

Die Argumente für ein bedingungsloses Grundeinkommen sind im Großen und Ganzen von der Absicht getragen, mit ihrer Kritik an den herrschenden Verhältnissen, für die vielen Menschen in prekärer Arbeit, Arbeitslose, Alleinerziehende, Kleinrentner und viele andere die auf Transfer-leistungen angewiesen sind, zur Besserung eben dieser miserabelen Verhältnisse beizutragen. Deswegen haben sich auch viele Linke der Forderung angeschlossen. Insbesondere teile ich die Ablehnung der sog. Hartz-Gesetze; die auch von Bernd Krause und in Traudel Kassels Artikel „Ungesicherte Arbeitsverhältnisse – ungesicherte Lebensverhältnisse“ ausführlicher begründet wird.

Die Hoffnung auf ein bedingungsloses Grundeinkommen ist jedoch nach meiner Auffassung zu kurz gegriffen.

In seinem Artikel führt Christoph Butterwegge diesen Gedanken gut nachvollziehbar aus, aber einige Punkte möchte ich noch näher beleuchten.

Die Unklarheit beginnt bereits mit dem Begriff: **Bedingungslos**. Wirklich „bedingungslos“ heißt, dass jede/r, die Kleinrentnerin und der Großreeder, die Millionärin, die Studentin, der alleinerziehende Vater, die Verkäuferin, der schwerkranke Arbeitslose (der gesunde auch), die Ingenieurin (sowohl mit als auch ohne Arbeitsstelle), der Bauarbeiter, der Staatssekretär im Ruhestand (7000 € mon. Pension) und der Milliardär Götz Werner die gleiche Summe jeden Monat (zusätzlich) aus der Staatskasse erhält, oder sie von seinen zu zahlenden Steuern abziehen kann.

Das ist in meinen Augen absolut nicht gerecht. Warum sollten diejenigen, die genug für ihren Lebensunterhalt und den ihrer Familie haben, noch „ein Grundeinkommen“ aus der Steuerkasse obendrauf bekommen?

In der Diskussion stellt sich dann häufig heraus, dass gar nicht „bedingungslos“ gemeint ist, sondern dass man sich eine Auszahlung ohne Meldepflichten, ohne Sanktionen, ohne Arbeitszwang und ohne Nachschnüffelei für die Betroffenen vorstellt. Dass dann immer noch eine Bedürftigkeits-prüfung und gegebenenfalls die Anrechnung von eigenem und Partner(?) Einkommen notwendig ist, wird meistens nicht gesehen.

Diese begrifflichen Unklarheiten führen von vornherein zu einer Verwirrung der Diskussion.

Wer soll das Grundeinkommen erhalten? Alle Menschen, die in Deutschland leben? Deutsche Staatsbürger? Deutsche und alle EU Bürger, die hier leben? Was würde die Einführung des Grundeinkommens für das Ausländerrecht überhaupt bedeuten? Stichtagsregelungen? Ausnahmen? Ausschluss für bestimmte Nationalitäten? …..

Es liegt ausdrücklich nicht an dem Thema und dem guten Willen der Befürworter, dass in die Diskussion um das bedingungslose Grundeinkommen, übelste

fremdenfeindliche und rassistische Gedanken einfließen. Aber die Linken, die eine kollektive Absicherung der Menschen durch ein Grundeinkommen vertreten, müssen sich auf diese Debatte vorbereiten und eine gemeinsame Haltung finden und durchhalten.

Sonst landen wir bei einer Grundsicherung mit dem Appendix eines neuen Asylbewerberleistungsgesetzes – menschenfeindlich und grundgesetzwidrig wie das alte und schlimmstenfalls genau so dauerhaft!

Völlig ungeklärt ist im Konzept des Grundeinkommens die Handhabung des Bedarfs „in besonderen Lebenslagen". Akut oder dauerhaft Kranke, körperlich und / oder geistig behinderte Menschen haben teilweise einen erheblich erhöhten Bedarf zum Lebensunterhalt. Übernimmt der Staat diesen Bedarf? Welches Amt prüft auf welche Weise die Höhe dieses Bedarfs? Wie wird stationäre Heimunterbringung geregelt und bezahlt?

Wesentlich kommt es auf die Höhe der Grundsicherung an. Ich verstehe nicht, woher die Befürworter den Optimismus nehmen, dass von 1000 € bis 1500 € pro Person im Monat die Rede sein wird. Es wird im Gegenteil die Gelegenheit zur Pauschalisierung nach unten sein. Z. Z. gilt ein Regelsatz von 399 € für Alleinstehende, plus dann pauschale Kosten der Unterkunft (die bei Hartz IV zumindest theoretisch in voller Höhe übernommen werden müssen, evtl. kann Umzug in eine billigere Wohnung erzwungen werden) gemessen nicht etwa an einer Großstadt, sondern an Hinterposemuckel in der friesischen Tiefebene, also höchsten 350 € Bruttokaltmiete plus 55 € Heizkosten = zusammen **804 €** pro Monat und Person – aufgerundet auf ~ 820 €, das nennt man dann großzügige Erhöhung. Darauf wird´s ungefähr hinauslaufen. Und keine Übernahmedarlehen mehr bei Mietschulden, Strom-, Gas- und Wassersperrungen oder für die Wohnungserstausstattung.

Zur Frage der Pauschalisierung gibt es gruselige Erfahrungen mit der Einführung von Hartz IV (2004/2005). Jahrelang hatten die Sozialverbände die Abschaffung der demütigenden Beihilfeanträge für Kleidung, Möbel, krankheitsbedingte Ernährungskosten, Ersatzbeschaffungen, Schulsachen für´s Kind usw. gefordert. Sie wurden in vielen Punkten erhört. Die „Sonderbedarfe" wurden in den Regelsatz eingearbeitet, und zwar mit so geringen Summen, dass sich die BezieherInnen von Hartz IV durchschnittlich schlechter als mit den alten Sozialhilferegelsätzen + Einzelanträgen stehen.

Arbeit ist nicht nur Zwang und Verpflichtung. Dazu ist sie im Kapitalismus als Lohnarbeit verkommen und es erscheint uns so, als sei das ihr Wesen. In Wahrheit ist Arbeit für jeden Menschen unverzichtbar – nur im Schlaraffenland des Märchens fliegen uns die gebratenen Tauben ins Maul. Im Leben muß die Befriedigung aller Lebensbedürfnisse erarbeitet werden. Die Fragen sind allerdings: Wem gehören die Produktionsmittel, wer bestimmt was produziert wird, wer organisiert den Arbeitsprozess und wer ver-

fügt über den Mehrwert? Und wer muss draußen bleiben?

Wer aus der kollektiven Arbeit einer Gesellschaft ausgeschlossen wird, ist aus der Gesellschaft selbst ausgeschlossen, an den Rand gequetscht, von Teilhabemöglichkeiten und Einflussnahme abgeschnitten. Die grundlegenden Organisationsformen jeder Gesellschaft, Reichtum und Armut, Fragen der demokratischen Teilhabe und die zukünftige Entwicklung, entscheiden sich im Produktionsprozess.

Es gibt keine Hintertür, um den Kapitalismus zu verlassen!

Das mehr oder weniger bedingungslose Grundeinkommen ist das Einfallstor zur endgültigen Schleifung der Renten- und Arbeitslosenversicherung. Wozu noch Arbeitslosengeld und allgemeine Rente, jede/r ist doch durch das Grundeinkommen „abgesichert". In den Plänen von Götz Werner ist das auch genau so vorgesehen. Das Grundeinkommen wird durch eine drastisch erhöhte (mindestens verdoppelte) Umsatzsteuer finanziert und im Gegenzug werden die Unternehmen vom Arbeitgeberanteil der Sozialabgaben „entlastet".

Was von der gesetzlichen Krankenversicherung bei diesem Modell überbleiben wird, ist bislang völlig unklar.

In meinen Augen müssen die Veränderungen auf eine allgemeine Sozialversicherung aller BürgerInnen und die Abschaffung der Hartz Gesetze in der heutigen Form hinauslaufen. Die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns ist ein ganz kleiner Schritt in die richtige Richtung.

Von Christoph Butterwegge und Traudel Kassel sind diese Forderungen in ihren Artikeln umfassend behandelt und begründet worden.

Wer rettet wen

Wer gewinnt und wer verliert bei der gegenwärtigen Weltwirtschaftslage? Die Antwort darauf wird heutzutage vor allem von riesigen Banken und Finanzunternehmen diktiert, die aktuell so mächtig sind wie niemals zuvor. Um die bedrohte Wirtschaft vor dem Untergang zu bewahren, werden seit mehreren Jahren ganze Staaten mit milliardenschweren Rettungspaketen unterstützt. Doch anstatt die Gelder dem Volke zukommen zu lassen, werden vor allem Banken vor dem Aus beschützt. So werden diese immer stärker und ihr Einfluss wächst, während in vielen Ländern der EU Menschen wieder für Hungerlöhne arbeiten gehen und um ihre Existenz bangen müssen. Die Dokumentarfilmer Leslie Franke und Herdolor Lorenz schildern in „Wer rettet wen?" die Hintergründe dieser Situation und wollen Wege aus und Alternativen zu der gängigen Praxis aufzeigen.

Der Dokumentarfilm wird im Mai im Kommunalkino Bremen, City46 gezeigt.
Näheres: www.city46.de
Telefon: 0421/ 449 635 85
Birkenstraße 1, 28195 Bremen

Termine:

Do.:	**28.05.**	**20:30 Uhr**
So.:	**31.05.**	**18:00 Uhr**
Mo.:	**01.06.**	**20:30 Uhr**
Di.:	**02.06.**	**21:00 Uhr**

Die Filmvorführungen werden in Zusammenarbeit mit der Bildungsvereinigung Arbeit und Leben Bremen durchgeführt.

Keine überzeugende Antwort auf Hartz IV

Das bedingungslose Grundeinkommen löst nicht die Probleme einer sozial tief gespaltenen Gesellschaft

Christoph Butterwegge

Seit den ersten Diskussionen über die rot-grünen Arbeitsmarktreformen und den Montagsdemonstrationen gegen Hartz IV findet das Projekt eines bedingungslosen Grundeinkommens (BGE) mehr öffentliche Resonanz. Dass zahlreiche Arbeitslosengeld-II-Bezieher/innen, die unter dem bürokratischen Antragsverfahren, den Schikanen und Kontrollmaßnahmen ihres Jobcenters sowie den Sanktionsdrohungen des Hartz-IV-Systems leiden, große Sympathie für ein bedingungsloses Grundeinkommen empfinden, lässt sich ebenso gut verstehen wie die Tatsache, dass sich viele Betroffeneninitiativen, Arbeitslosenverbände und Frauenorganisationen dahinter versammeln. Denn schließlich würden die leidige Bedürftigkeitsprüfung sowie die Anrechnung des Partnereinkommens auf die Transferleistung entfallen, weil alle Wohnbürger/innen in seinen Genuss kämen und sich damit die Hoffnung auf eine längst überfällige eigenständige soziale Sicherung der Frau, die so alt ist wie der Wohlfahrtsstaat selbst, erfüllen ließe.

Trotzdem sprechen gewichtige Gründe gegen das bedingungslose Grundeinkommen, weshalb ihm der Durchbruch selbst innerhalb des Hartz IV äußerst kritisch gegenüberstehenden Lagers, das zahlreiche Wohlfahrtsverbände, große Teile der christlichen Kirchen, der Gewerkschaftsbewegung, der SPD, der Bündnisgrünen und der Piraten, aber auch die LINKE als Gesamtpartei umfasst, bisher nicht gelungen ist. Hier soll daher erörtert werden, ob die BGE-Forderung eine sinnvolle Alternative zur Grundsicherung für Arbeitsuchende darstellt oder nach anderen Wegen gesucht werden muss, um Hartz IV zu überwinden.

Das mit Abstand medienwirksamste Modell eines bedingungslosen Grundeinkommens stammt von Götz W. Werner, dem anthroposophisch orientierten Gründer der *dm*-Drogeriemarktkette. Durch seine Fundamentalkritik an Hartz IV und sein Plädoyer für ein bedingungsloses Grundeinkommen wurde Götz Werner bei einem Großteil der Arbeitslosengeld-II-Empfänger/innen zu einer Galionsfigur, obwohl er als Milliardär wenig Berührungspunkte zu ihrem Alltag hatte. Zuerst nannte Werner 1.500 Euro, später aber bloß noch „1.000 € für jeden“ als Zahlbetrag eines solchen Grundeinkommens. Für Werner bildet dieses nur den Hebel zur Durchsetzung einer weiteren drastischen Steuerentlastung von Unternehmen. Denn seiner Meinung nach sollte die Mehrwertsteuer im Gegenzug auf 50 bis 100 Prozent angehoben werden.

So nützlich die Mehrwertsteuer für einen (Handels-)Unternehmer auch sein mag, weil er sie einfach auf die Preise umlegt, auf seine Kund(inn)en abwälzt und als durchlaufenden Posten behandelt, so wenig berücksichtigt sie die unterschiedliche finanzielle Leistungs- bzw. Zahlungsfähigkeit der einzelnen Gesellschaftsmitglieder. Selbst wenn man die Steuersätze stärker ausdifferenziert, also z.B. Grundnahrungsmittel niedrig oder gar nicht, andere Güter höher und Luxusgüter am höchsten besteuert, wird aus einer Konsumsteuer

kein sozial gerechtes Steuerungsinstrument. Möglicherweise kauft ein Spekulant seiner Gattin den nächsten Pelzmantel oder Brillantring fortan in Tokio, Montreal oder New York; der heutige Hartz-IV- und künftige Grundeinkommensbezieher muss hingegen alles, was er sich überhaupt leisten kann, wie bisher in Berlin-Neukölln, Köln-Chorweiler oder Osterholz-Tenever kaufen, wenn er dort lebt, denn seine Mobilität ist und bleibt aufgrund fehlender Ressourcen beschränkt. Zudem sind die (progressive) Einkommensteuer und eine Vermögensteuer nun einmal sozial gerechter als die Mehrwertsteuer, weil sie hauptsächlich Besserverdienende, Kapitaleigentümer und Begüterte treffen, während Geringverdiener/innen und Sozialleistungsempfänger/innen davon weitgehend verschont bleiben.

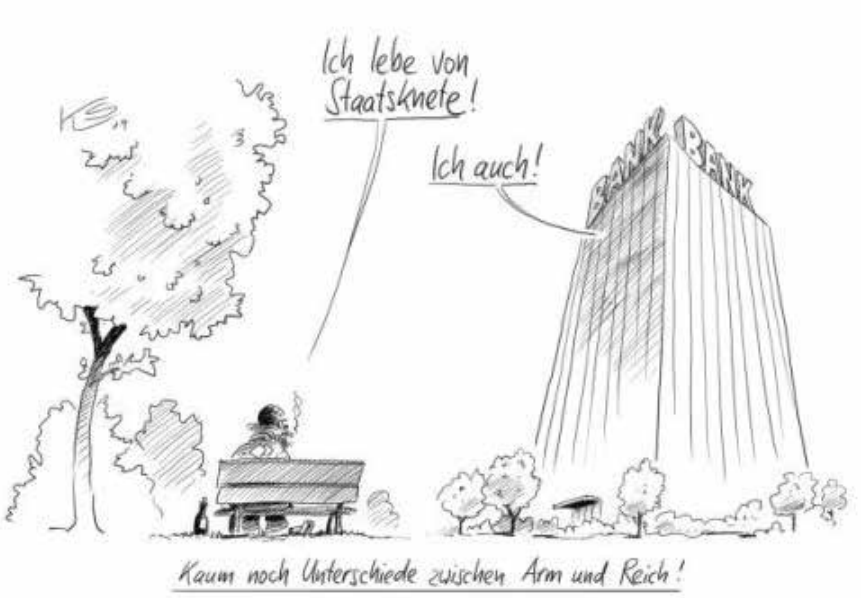
Wenn das Finanzamt denjenigen, die aufgrund ihres Wohlstandes gar kein Grundeinkommen benötigen, die dafür erforderlichen Mittel aber wieder entzieht, ist es nicht bedingungslos, sondern an die Bedingung prekärer Einkommensverhältnisse seiner Bezieher/innen geknüpft. Unter dieser Voraussetzung würden die Finanzbeamten vermutlich das tun, was Hartz-IV-Initiativen jetzt den Jobcentern vorwerfen, nämlich in zum Teil rücksichtsloser und schikanöser Art prüfen, ob die Antragsteller/innen auch keine verdeckten Erwerbsquellen (Schwarzarbeit o.Ä.) haben. Gewonnen wäre also wenig, und die Hoffnung, als Erwerbslose/r ohne Kontrolldruck und Repressalien leben zu können, allemal dahin.

Sozialer als der bestehende Wohlfahrtsstaat ist auch das CDU-Bürgergeldmodell kaum, läge sein Zahlbetrag doch nur geringfügig über dem Hartz-IV-Niveau. Statt den konkreten Bedarf von Hilfesuchenden festzustellen und ihn mittels eines differenzierten Sozialleistungssystems zu erfüllen, würde der Staat nur mehr eine Sozialpolitik nach dem Gießkannenprinzip betreiben. Eine solche Gleichbehandlung aller Bürger/innen führt zwangsläufig zu individueller Ungerechtigkeit, weil sie gerade die Menschen in den schwierigsten Lebenslagen benachteiligt. Dass pauschalierte Leistungen wie das Solidarische Bürgergeld dem Einzelfall nicht immer gerecht werden, zeigt die Schlechterstellung von Arbeitslosengeld-II-Empfänger(inne)

n mit vielen Kindern durch den Wegfall einmaliger Beihilfen (etwa für die Reparatur oder die Neuanschaffung einer Waschmaschine) mit Einführung von Hartz IV.

Als das Gesetzespaket am 1. Januar 2005 in Kraft trat, wurde den Menschen die „Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe“ versprochen, in Wirklichkeit jedoch mit der Arbeitslosenhilfe das Prinzip der Lebensstandard- bzw. Statussicherung für Langzeitarbeitslose abgeschafft und das Arbeitslosengeld II eingeführt, welches kaum mehr als das physische Existenzminimum abdeckt. Bei den Protagonisten eines „Bürgergeldes“ ist heute von einer „Zusammenfassung“ aller steuerfinanzierten Sozialleistungen die Rede. Angeführt werden in diesem Zusammenhang das Arbeitslosengeld II, das Sozialgeld, die Sozialhilfe, die Grundsicherung im Alter, der Kinderzuschlag und das Wohngeld, obwohl das Kindergeld, das Elterngeld und das Betreuungsgeld in denselben Kontext gehören. Zu befürchten steht, dass über kurz oder lang alle genannten und womöglich noch weitere Sozialleistungen abgeschafft würden.

Politisch interessant und gesellschaftlich relevant wird das BGE durch seine bunt zusammengesetzte Anhängerschaft, die von manchen Vertreter(inne)n der Unionsparteien über erhebliche Teile der Bündnisgrünen, einzelne Sozialdemokrat(inn)en, Männer der Kirchen, neoliberale Ökonomen und sogar einen prominenten Großunternehmer bis zur äußersten Lin-



ken reicht. Ein so breit gefächertes politisches Spektrum verbindet mit dieser Idee natürlich ganz unterschiedliche, teilweise sogar gegensätzliche Absichten. Was auf den ersten Blick einfach, großzügig und sozial gerecht erscheint, entpuppt sich bei genauerem Hinschauen oftmals als eine politische Mogelpackung, die mehr Gerechtigkeit bloß vortäuscht. So verbinden neoliberale Ökonomen mit dem Grundeinkommen die Hoffnung, weitreichende Deregulierungskonzepte durchsetzen zu können. Das von Thomas Straubhaar geleitete Hamburgische Weltwirtschaftsinstitut (HWWI) etwa ging in seiner Studie „Bedingungsloses Grundeinkommen und Solidarisches Bürgergeld – mehr als sozialutopische Konzepte“ nicht bloß davon aus, dass „alle steuer- und abgabenfinanzierten Sozialleistungen abgeschafft“ würden, sondern schlug darüber hinaus vor, „alle sozialpolitisch motivierten Regulierungen des Arbeitsmarktes“ zu streichen: „Es gibt keinen Schutz gegen Kündigungen mehr, dafür aber betrieblich zu vereinbarende Abfindungsregeln. Es gibt keinen Flächentarifvertrag mehr und auch keine Mindestlöhne, sondern von Betrieb zu Betrieb frei verhandelbare Löhne. Es gibt keine Sozialklauseln mehr. Die heute zu leistenden Abgaben an die Sozialversicherungen entfallen vollständig.“ Was vielen Erwerbslosen irrigerweise als „Schlaraffenland ohne Arbeitszwang“ erscheint, wäre in Wirklichkeit ein Paradies für Unternehmer, in dem Arbeitnehmer/innen weniger Rechte als bisher hätten und Gewerkschaften keine (Gegen-)Macht mehr entwickeln könnten.

Wenig ausgereift wirkt auch das Konzept, welches die Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) Grundeinkommen der LINKEN unmittelbar vor dem Berliner Bundesparteitag im Mai 2014 präsentierte. Mit den zwei von ihr erarbeiteten BGE-Varianten einer von der Entwicklung des Volkseinkommens abhängigen Sozialdividende und einer negativen Einkommensteuer hat die LINKE-BAG erheblich zur wachsenden Unübersichtlichkeit der Modellpalette beigetragen. Wird das BGE in der Gestalt einer negativen Einkommensteuer realisiert, ersetzt das Finanzamt das Jobcenter als Kontrollbehörde, sodass von Emanzipation kaum die Rede sein kann; wird das BGE in der Form einer Sozialdividende verwirklicht, mit der andere Einkommen voll kumulierbar sind, ist es praktisch nicht finanzierbar. Auf ungleiche Einkommens- und Vermögensverhältnisse wird mit der Forderung nach einer Geldzahlung in gleicher Höhe reagiert. Dabei muss Gleiches gleich und Ungleiches ungleich behandelt werden, wenn die soziale Gerechtigkeit nicht auf der Strecke bleiben soll. Das bedingungslose Grundeinkommen als solches tastet den privaten (Vermögens-) Reichtum aber nur an, wenn es über die Erhöhung/Erhebung von Gewinn- bzw. Vermögensteuern finanziert wird. Durch seine gigantischen Kosten für den Staatshaushalt vermehrt es sogar die öffentliche Armut – zur Zeit der im Grundgesetz verankerten „Schuldenbremse“ und des Fiskalpakts ein nicht zu vernachlässigendes Problem.

Zweifellos stellt die Finanzierung eines bedingungslosen Grundeinkommens die Achillesferse aller bisher vorliegenden Konzepte dar. Ebenfalls ungeklärt ist jedoch die Ausgabenseite, denn eine Sozialpolitik, die jedem Bürger und jeder Bürgerin nach dem Muster einer Verteilung mittels Gießkanne denselben Betrag zukommen lässt, wäre genauso ungerecht und kaum sinnvoller als eine Regierungspolitik nach dem Matthäus-Prinzip („Wer hat, dem wird gegeben, und wer nicht viel hat, dem wird auch noch das wenige genommen“, heißt es sinngemäß im Evangelium des Matthäus). Ob ein bedingungsloses Grundeinkommen sinnvoll, finanzierbar und realisierbar ist, kann man deshalb mit Fug und Recht bezweifeln. Ein solches, nicht auf Erwerbsarbeit gegründetes, „leistungsloses“ Einkommen

erscheint als schöne Utopie, die nie realisierbar ist. Hinzu kommt, dass ein von der Erwerbsarbeit abgekoppeltes Grundeinkommen den öffentlichen Druck, die Massenerwerbslosigkeit konsequent zu bekämpfen, mindern würde. Selbst wenn die Erwerbslosen damit materiell besser als bisher abgesichert wären, bliebe das Problem ihrer sozialen Ausgrenzung bestehen.

Nötig wäre hingegen ein Um- und Ausbau des bestehenden Systems zu einer Sozialversicherung aller Bürger/innen. Plädiert wird hier für die solidarische Bürgerversicherung. Um den Wohlfahrtsstaat auf ein nachhaltiges finanzielles Fundament zu stellen, müssten Selbstständige, Freiberufler/innen und Beamte genauso einbezogen werden wie Abgeordnete und Minister/innen. Die finanzielle Solidarität der Besserverdienenden willkürlich deckelnde Beitragsbemessungs- und Versicherungspflichtgrenzen wäre auf- bzw. stark anzuheben, alle Einkommensarten, auch Kapitaleinkünfte (Dividenden, Zinsen) sowie Miet- und Pachteinnahmen beitragspflichtig zu machen. In die solidarische Bürgerversicherung einzubetten ist eine soziale Grundsicherung, die den Namen im Gegensatz zu Hartz IV wirklich verdient: Sie müsste bedarfsgerecht, armutsfest und repressionsfrei sein, die sozial Benachteiligten aus ihrem Helotendasein befreien, das ihnen die Agenda-Reformen mittels strenger Zumutbarkeitsregeln und harter Sanktionsdrohungen auferlegt haben.

Prof. Dr. Christoph Butterwegge lehrt Politikwissenschaft an der Universität zu Köln. Kürzlich ist sein Buch „Hartz IV und die Folgen. Auf dem Weg in eine andere Republik?“ (290 Seiten; 16,95 Euro) bei Beltz Juventa erschienen.

Hilfe für Flüchtlingskinder aus Syrien

Hunderttausende Familien aus Syrien sind vor der Gewalt in ihrem Land in die Türkei geflüchtet. Jetzt im Winter leiden dort viele bittere Not. Mitglieder der türkischen Lehrergewerkschaft Eğitim Sen versorgen Flüchtlinge mit Essen und warmer Kleidung und unterrichten Kinder in Zelten.

Die türkische Lehrergewerkschaft EğitimSen unterstützt die Flüchtlinge mit Zelten, Nahrung und Bekleidung. In den Städten Batman, Şırnak, Mardin, Urfa, Diyarbakır und Antep unterrichten freiwillige Mitglieder der Gewerkschaft tausende Kinder in Zelten und Behelfsunterkünften. Das kostet Geld.

EğitimSen benötigt dringend Unterstützung, um die Flüchtlingshilfe weiter finanzieren zu können. Helfen Sie mit! Wir versichern, dass ihre Spende bei den Flüchtlingen in der Türkei ankommt – eins zu eins, ohne jeden Abzug, da die Verwaltungskosten des Heinrich Rodenstein Fonds von der GEW getragen werden.

Spendenkonto
Heinrich-Rodenstein Fonds SEB Bank Frankfurt/Main
IBAN: DE97 5001 0111 1707 2747 00
BIC: ESSEDE5F
Stichwort: Flüchtlingshilfe Türkei

Ungesicherte Arbeitsverhältnisse – ungesicherte Lebensverhältnisse

Traudel Kassel

Es gibt sie noch, die Arbeitsverhältnisse aus den 60er bis 90er Jahren des letzten Jahrhunderts. Gesicherte, gut oder auch weniger gut bezahlte Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst, bei Banken und Versicherungen, Reisebüros und Flughäfen, bei Bahn und Post/Telekom, als Techniker oder Facharbeiter in der Industrie, im Hafen, bei Verbänden und Beratungsfirmen, im Gesundheitswesen. Auch deren Arbeitsbedingungen sind ständigen Veränderungen unterworfen – und sie werden immer weniger.

Täglich lesen wir von Unternehmen und Behörden, wo Ausgliederungen in Tochterfirmen stattfinden, aktuell z.B. bei der Post-AG, die 26 000 befristet beschäftigte KollegInnen mit 20-30 % Lohnverlust in GmbHs ausgliedert. Gesicherte Arbeit – ade. Tarifverträge werden „geöffnet" oder außer Kraft gesetzt, z.B. bei Karstadt, um Kündigungen zu vermeiden oder zu reduzieren. Arbeitsplätze werden „sozialverträglich" abgebaut. Massen-Entlassungen könnten sonst Aufsehen und Unruhe über den Betrieb hinaus erregen. Weitgehend in aller Stille, aber vor aller Augen, gehen auf diese und andere Weise Hunderttausende bis dahin Normal-Arbeitsplätze verloren.

Die meisten der so „sozialverträglich abgebauten" Beschäftigten schaffen es entweder mit zum Teil hohen Renten-Abschlägen in Frühverrentung, sie landen nicht sofort und nicht dauerhaft in Arbeitslosigkeit. Ihnen werden in Transfergesellschaften mehr oder weniger nützliche Fortbildungen angeboten. Oft finden sie wieder irgendeine Arbeit, meistens schlechter bezahlt, oft in Leiharbeit oder ungewollter Teilzeit. In vielen Branchen, nicht zuletzt bei öffentlichen Einrichtungen, die von klammen Kommunen oder Sozialverbänden finanziert werden – Soziales, Kultur, Sport – sind für neu Eingestellte Abschläge, geringere Sozialleistungen und Befristung fast der Normalfall. Vor allem für junge Erwerbstätige oder vorher Erwerbslose.

So hangeln sich die Menschen von Job zu Job, mit Zeiten von Erwerbslosigkeit dazwischen, wobei sich die Bedingungen oft von Mal zu Mal verschlechtern. Besonders gilt das für Ältere – d.h. ab 40 Jahre. Da geht es nicht mehr um Qualifikation, sondern um den Marktwert. Mögen PolitikerInnen von Fachkräftemangel reden, wie sie wollen.

Prekäre Arbeitsverhältnisse, also Befristungen und dauerhafter Einsatz von Leiharbeit und Werkverträgen sind in vielen Unternehmen gang und gäbe, unabhängig davon, ob der Laden brummt oder Sanierung angesagt ist. Je nach Branche gibt es Unterschiede, welche Form ungesicherter Arbeit bevorzugt wird. Im Einzelhandel sind es vor allem Minijobs und erzwungene Teilzeitarbeit, wobei die Zuteilung von mehr Stunden auch als Mittel zur Erzwingung von Wohlverhalten eingesetzt wird. Minijobs, oft kurzfristig von Frauen mit Kindern als Zwischen-Lösung bis zum Wiedereinstieg in den Beruf begrüßt, bedeuten entweder Abhängigkeit vom Partner und/oder langfristig Altersarmut. Für viele Menschen ohne andere Berufsperspektive ist sie ein notwendiges Übel.

IGM und IGBCE haben schrittweise Erhöhung der Entlohnung von Leiharbeitern tarifvertraglich geregelt. Davon profitiert leider nur, wer lange genug im Geltungsbereich dieses Tarifvertrags an einen Betrieb ausgeliehen ist. Für manche Unternehmen ein Anlass, statt Leiharbeit vermehrt auf Werkverträge und Fremdvergabe umzusteigen, wo die Bedingungen für die Betroffenen noch schlechter sind. Alle Erfolge sind durch Unternehmerhandeln immer wieder gefährdet.

Alle Formen ungesicherter und nicht ausreichend bezahlter Arbeit setzen die Menschen der Willkür und der besonderen Ausnutzung ihrer Arbeitskraft durch Arbeitgeber aus. Befristung macht Beschäftigte erpressbar, weil sie auf Weiterbeschäftigung hoffen. Leiharbeiter hoffen oft auf Übernahme durch den Entleihbetrieb – meistens vergeblich. In beiden Fällen erbringen die Beschäftigten Höchstleistungen, um vielleicht doch noch die Festeinstellung zu erreichen. Prekäre (Schein-) Selbständige werden durch ihre Auftraggeber gezwungen, sich selbst übermäßig auszubeuten. Beispiel Paketzustellung: Otto-Versand beauftragt Hermes, der vergibt an Sub-Unternehmer, der an Sub-Sub-Unternehmer. Der „selbständige" Paketbote am Ende der Kette schuftet sich dann, wenn es grad schlecht läuft, für 3,50 Euro pro Stunde ab.

Ab und zu schaffen es besonders skandalöse Bedingungen über Undercover-Journalisten wie das Wallraff-Team oder gewerkschaftlicher Widerstand von Be-

schäftigten wie bei Amazon in die Öffentlichkeit. Das ist aber nur die Spitze des Eisbergs. Gewerkschaften und Betriebsräte sind gefragt, um die Ohnmacht der Einzelnen zu überwinden. Betriebsräte gibt es dort aber oft gar nicht und Gewerkschaften sind kaum vor Ort präsent. Die Beschäftigten brauchen deshalb Unterstützung bei individuellen und kollektiven Auseinandersetzungen mit den Arbeitgebern – durch Information, Beratung und Rechtsbeistand. Ein Beispiel ist die DGB-Infokampagne zum Mindestlohn mit einer Hotline und mit Aktionen an vielen Pendler-Zügen Anfang dieses Jahres.

Mindestlohn – ein erster Schritt gegen krasses Lohndumping

Wichtiger Bestandteil zur Überwindung des Niedriglohnsektors ist der gesetzliche Mindestlohn – aber nur, wenn er ohne Ausnahmen gilt und in einer Höhe gezahlt wird, dass neben den Lebenshaltungskosten auch Altersarmut verhindert wird. Dazu müsste er – laut dem Bremer Sozial- und Rentenexperten Johannes Steffen – laufend in Bezug auf die stattfindenden Rentenkürzungen angehoben werden. Die nach langem gewerkschaftlichen Druck und politischen Auseinandersetzungen erreichten 8,50 Euro sind daher nur ein Anfang – und auch der muss gegen den Widerstand unternehmerfreundlicher PolitikerInnen erst durchgesetzt werden, die ihn mit immer weiteren Ausnahmen durchlöchern wollen. Manche Unternehmer versuchen ihn mit allen möglichen Tricks, z.B. bei der Arbeitszeit zu umgehen. Hier ist gewerkschaftliche praktische Unterstützung dringend notwendig.

Der Wirtschaft geht's gut – viele Menschen verarmen

Das ist nur scheinbar ein Widerspruch.

Die Erfolge der Wirtschaft in Deutschland und der Höchststand an Erwerbstätigen gehen einher mit zunehmender dauerhafter Armut. Ein wichtiger Faktor für den Erfolg von Unternehmen in Deutschland ist – neben Steuergeschenken und anderen Standortvorteilen – der seit 15 Jahren dauernde Ausbau eines Sektors niedrig bezahlter und ungesicherter Arbeit. Diese Entwicklung hat schon mit der Zunahme der Arbeitslosigkeit nach der Wende begonnen.

Der entscheidende Einschnitt für die massenhafte Durchsetzung ungesicherter Arbeits- und Lebensverhältnisse war aber die Deregulierung des Arbeitsmarktes durch die Hartz-Gesetze der Schröder/Fischer Regierung. Leiharbeit wurde massiv gefördert, Ich-AGs brachten prekäre Selbständigkeit. Minijobs wurden zum Nachteil der Beschäftigten verändert und zur millionenfachen Massenerscheinung. Dazu die Abschaffung der Arbeitslosenhilfe und die Entrechtung der Erwerbslosen durch Hartz IV. Hier ist eine kritische Betrachtung der GewerkschaftsvertreterInnen in der Hartz-Kommission angebracht.

Hartz IV setzt Grundrechte außer Kraft

Hartz IV zwingt Alte und Junge, Alleinerziehende, Kranke, Menschen mit Behinderung und Sprachunkundige unter Androhung der Kürzung bis hin zur Verweigerung des Existenzminimums in jeden noch so unzumutbaren Job. Entwürdigende Behandlung auf dem Amt und Ausgrenzung durch die Gesellschaft verschlimmern die ohnehin schwierigen Lebensbedingungen der verarmten Erwerbslosen und ihrer Angehörigen. Dabei sind längst nicht alle BezieherInnen von ALG II Langzeiterwerbslose. Der Anteil derer steigt, die wegen niedriger Löhne direkt nach einem Jobverlust in Hartz IV fallen, und die Zahl derer, die trotz Arbeit nicht ausreichend verdienen, um von staatlicher Unterstützung unabhängig zu sein. Trotz angeblichem Fachkräftemangel trifft das auch für gut Ausgebildete und AkademikerInnen zu.

Wer aus irgendeinem Grund nicht in den Unternehmen mit ihren verschlankten Strukturen unterkommt und sich zwischen Erwerbslosigkeit und prekären Jobs durchschlagen muss, für den gelten demokratische Grundrechte nur noch eingeschränkt: Das Recht auf freie Berufs- und Arbeitsplatzwahl, auch die Unverletzlichkeit der Wohnung und der Privatsphäre gelten nicht mehr für Hartz IV-LeistungsbezieherInnen, Zwangsmaßnahmen wie 1-Euro-Jobs verstoßen gegen das Grundgesetz. Das Recht auf körperliche Unversehrtheit ist eingeschränkt, denn Lebensbedingungen im prekären Niedriglohnsektor machen krank.

Mit einer demokratischen „Wertegemeinschaft“, von der PolitikerInnen gerne reden, sind solche Verletzungen der Menschenwürde und Armut nicht vereinbar. Sie unterhöhlen auch die Stellung der noch in guter Arbeit Beschäftigten und die Gegenwehr der Gewerkschaften gegen die Spirale der Arbeitsbedingungen nach unten. Die Abschaffung der unsäglichen Hartz-Gesetzgebung von Leiharbeit über Minijobs bis zu Hartz IV gehört zusammen mit einem wesentlich besseren Mindestlohn deshalb auf die Agenda der Gewerkschaftspolitik.

Dass auch immer mehr Jobcenter-MitarbeiterInnen und Betriebsräte öffentlich gegen Missstände und Fehlentwicklungen bei Hartz IV auftreten, könnte diesen Forderungen neuen Auftrieb geben.

Interview mit Leiharbeiterin Silke Steinfuß*

Du hast nach der Ausbildung einen Job gesucht?

50-60 Bewerbungen habe ich abgeschickt, bis ich eine Antwort bekommen habe. Nämlich von der Leiharbeitsfirma Service Personaldienstleistungen, die mich dann sofort zum Vorstellungsgespräch eingeladen haben, wo ich dann auch jetzt bis heute arbeite, seit 9 Monaten. Mit 12 Euro Stundenlohn.

Was hättest du mit deiner Ausbildung mit einem normalen Vertrag bekommen?

Wäre ich in einer kleinen Klitsche geblieben, wie ich angefangen habe, dann wäre ich bei 10 Euro maximal geblieben, als Junggesellin eher 8,50 Euro bis 9,00 Euro die Stunde. Die Frage ist aber das Verhältnis. Die erste Firma, an die ich verliehen wurde, die Formel D, ist eine Werksvertragsfirma für Daimler, wo ich Nacharbeit für die C Klasse gemacht habe. Formel D hat Service Personaldienstleistungen 64 Euro/Stunde überwiesen. Davon habe ich 12 Euro gesehen. Dieses Verhältnis ist das Problem.

Für die großen Firmen ist es dann eigentlich gar nicht günstig, wenn sie sich die Arbeitskräfte über Leihfirmen holen?

Es ist nicht unbedingt billiger. Aber Formel D arbeitet zum Beispiel in der Art und Weise: Sie haben mit sechs Festangestellten in drei Schichten 150 Leiharbeiter für drei Monate engagiert. Danach sind alle entlassen worden. Also sie verfügen über die Arbeitskraft, so wie sie wollen – ohne Verpflichtung.

Was arbeitest du zu Zeit?

Die zweite Firma, an die ich verliehen wurde, ist die FAUN Umwelttechnik in Osterholz-Scharmbeck. Dort bin ich als Elektriker angestellt. Ich mache vor allem Fahrgestell-Vorbereitung, Verlegen der Bedienelemente etc. Fast jedes Müllauto, was hier rumfährt, ist von FAUN gebaut, sie haben fast ein Monopol hier.

Was hast du bei Daimler gemacht?

Wir haben die C Klasse nachbearbeitet. Sprich bei allen Fehlern, die vor dem Serienstart aufgefallen sind, hat Formel D alle Nacharbeiten zu machen. Was dann bedeutet hat, dass zu jedem Fahrzeug ein Auftragsblatt da war und dieses abgearbeitet werden musste. Das war aber nicht so, dass wir nur Anweisungen von Formel D-Mitarbeitern bekommen haben, sondern auch von den Daimler-Meistern, was bei Werkverträgen illegal ist. Eine dritte Person darf mir nach dem Arbeitsrecht keine Anweisung geben.

Was waren es für Kollegen, mit denen du zusammen gearbeitet hast?

Es gab nur sechs Angestellte der Formel D, die im Drei-Schicht-System insgesamt 150 Menschen in Arbeit gebracht haben. Sprich der Rest waren Leiharbeiter aus den verschiedensten Branchen. KFZ'ler waren dabei, aber auch Maschinenbauer, Ex-Bundeswehrsoldaten, die keine andere Ausbildung hatten und als Fahrer eingesetzt wurden. Das ging vom normalen "Leiharbeiter", wo die Löhne auch unterschiedlich waren, also von 11 Euro bis 14 Euro bis zu 400 Euro—Jobbern, die trotzdem die ganze Woche voll arbeiten mussten.

Was für Aufgaben hatten die sechs Festangestellten der Leihfirma Formel D?

Sie haben aufgepasst und haben am Ende noch einmal eine Qualitätskontrolle gemacht, also haben sich das Fahrzeug noch mal angeguckt, ob alles in Ordnung ist.

Interview: Orhan Çalışır

Was hast du nach Daimler gemacht?

Nachdem wir dort fertig waren, hat mich die Leihfirma Service Personaldienstleistungen an FAUN ausgeliehen. Die Leiharbeitsfirma ist die gleiche geblieben.

Wie lange kannst du bei dieser neuen Firma arbeiten?

Am Anfang hieß es bis Januar, dann hieß es bis März. Jetzt kann es bis Sommer sein. Es gibt dort durchaus Leiharbeiter, die schon über mehrere Jahre dort arbeiten. FAUN ist eine Firma, die mehrere Prozesse am Hals hat, weil sie ihre ausgelernten, eigenen Auszubildenden kündigt mit dem Satz „Du bist uns aus wirtschaftlichen Gründen zu teuer", kannst aber gerne als Leiharbeiter hier anfangen. Es gibt auch Kollegen, die nach drei Tagen entlassen werden. Ich kann es überhaupt nicht einschätzen, wie lange ich dort arbeiten kann.

Was bekommst du mit deiner Ausbildung dort? Und was hätte die Firma den eigenen Auszubildenden bezahlt, wenn sie diese übernommen hätte?

Ich weiß, dass dort ein festangestellter Kollege, der dieselbe Arbeit macht wie ich, der Altgeselle ist, 2.500 Euro in Monat bekommt und ich gehe mit 1.500 Euro oder bisschen drunter nach Hause.

Bei normaler 35-Stundenwoche?

FAUN ist aus dem Tarif ausgetreten und hat einen eigenen Haus-Tarifvertrag mit 37,5 Stunden regulär. Ich habe aber, seit ich dort arbeite, nur zwei Wochen lang 37,5 Stunden-Woche gearbeitet. Sonst sind 45 oder 47 Stunden die Woche normal. Samstagsarbeit ist „freiwillig", aber wer das nicht regelmäßig macht, hat als Leiharbeiter schlechte Chancen.

Wie viele Mitarbeiter hat die Firma und wie viele sind davon Leiharbeiter?

FAUN selbst hat, haben sie auf der letzten Betriebsversammlung gesagt, im Schnitt 500 Mitarbeiter übers Jahr. Wie viele davon Leiharbeiter sind, kann mir nicht mal der Betriebsrat sagen. Der weiß es selber nicht. Ich schätze ungefähr 150 sind Leiharbeiter, und es sind auch Fremdfirmen dabei.

Die Firmen nehmen selbst anscheinend keine Bewerbungen mehr entgegen oder fragen nicht mehr beim Arbeitsamt nach Mitarbeitern, sondern fragen bei Leihfirmen nach?

Das ist richtig. FAUN hat das letzte Mal -mir bekannt- vor siebeneinhalb Jahren jemanden fest angestellt. Sie stellen immer wieder auf Jahresvertrag Leute ein. Das haben sie zuletzt vor zwei Jahren gemacht. Die sind dann befristet und dadurch können sie sich praktisch in Betriebsrat oder gewerkschaftlich nicht engagieren, weil sie zittern müssen, dass sie gleich wieder raus sind, wenn sie es nur versuchen.

Es war im letzten halben Jahr Tarifrunde, der Haustarif-Vertrag war zuerst abgeschlossen auf 7,5 Jahre. FAUN liegt jetzt 15 % unter dem Flächentarif. Und da gab es einen halbstündigen Warnstreik. Es war sehr unterschiedlich, wie die Kollegen sich verhalten haben. Meine Produktions-Linie ist relativ geschlossen rausgegangen. Unser Glück war, dass auch die Teamleiter rausgegangen sind, der Meister war zu der Zeit nicht da. Ein Leiharbeiter ist drinnen geblieben, hat sich hingesetzt und Kaffee getrunken und die anderen sind raus gegangen. Das ist aber nicht normal. Es gibt meistens Druck von oben und die Leiharbeiter müssen weiterarbeiten.

Du bist noch ganz jung, was willst du in Zukunft machen - welche Perspektiven hast du als Leiharbeiterin?

Eigentlich habe ich trotz schlechter Bezahlung kein Problem damit, weiter bei FAUN zu arbeiten. Es ist aber sehr unsicher, sie stellen kaum ein. Bei anderen Bremer Großbetrieben ist es auch so. Daimler ist auch ein gutes Beispiel. Vor zwei Jahren haben sie hier in Bremen 200 Leiharbeiter fest angestellt. Und das nur aufgrund des Drucks der Stammbelegschaft. Ansonsten gibt es auch keine Neueinstellungen. Also „morgen gibt's Erfolg" – für meine Generation ist das eher unwahrscheinlich.

Silke Steinfuß ist 24 Jahre alt. Sie ist in Bremen geboren und aufgewachsen. Nach dem Abitur jobbte sie ein Jahr und schrieb 160 Bewerbungen. Bekam als Kfz-Mechatronikerin einen Ausbildungsplatz. Im Mai 2014 schloss sie ihre Ausbildung als Jahrgangsbeste ab. Nach ca. 60 Bewerbungen und viel Frust bekam sie nur einen Job bei einer Leihfirma.

**Name wurde von der Redaktion geändert.*

Prekär, seit fünf Jahren und mehr im Dienst der Schule: Italien.

Bettina Weise

Ein Elfchen. Ein Gedicht aus elf Wörtern. Beschäftigung für DAF*-Schüler (macht ihnen manchmal sogar Spaß). Und Spaß hat es mir auch gemacht, es zu schreiben, als Einleitung zum Thema: Der massive Einsatz von Supplenzlehrern (in den öffentlichen italienischen Schulen). Im vergangenen Jahr war in Italien (stol.it) wie folgt zu lesen: „Dem Europäischen Gerichtshof reicht „befristet" nicht". Der slowenische Präsident des EuGH, Marko Ilesic, urteilte in Sachen italienische Schule, dass die Anstellung von Lehrern mit befristeten Arbeitsverträgen, wenn diese bereits über drei Jahre Berufserfahrung vorweisen, dem europäischen Arbeitsrecht widerspreche." Somit ist auch gesagt, was Supplenzlehrer sind. Vereinfacht: Lehrer, die seit Jahren in der Schule arbeiten, deren Vertrag aber immer befristet ist, im Optimalfall von September bis Ende Juni.

Die Angabe „seit fünf Jahren und mehr" im Elfchen könnte auch gesteigert werden, es könnte sogar lauten „ seit zehn Jahren". Extremfall: Das Rentenalter ist erreicht, und man hat als Lehrer noch den Status *prekär* (natürlich nur, wenn man Quer- oder Späteinsteiger war). Die Supplenzlehrer hoff(t)en auf die Schulreform „la buona scuola" (dt.: die gute Schule) von Matteo Renzi. Die lässt auf sich warten, und es gibt bis heute (Anfang März 2015) keine akzeptable Antwort auf das Problem. Die Gewerkschaften sind sauer, die vielen, vielen Supplenzlehrer fühlen sich nicht ernst genommen, fühlen sich, als ob ihre Arbeit und ihr tägliches Engagement

über die Jahre in der Schule in jeder Hinsicht null wert war.

Auch das italienische Gesetz besagt, dass private Unternehmen einen Arbeitnehmer nicht mehr als drei Jahre lang im befristeten Arbeitsverhältnis anstellen dürfen. Nach Überschreiten dieser Frist muss es unweigerlich zu einem unbefristeten Arbeitsvertrag kommen.

Über 150.000 Lehrer warten darauf, dass von der Regierung das eingehalten wird, was sie infolge des Gangs vor das Gericht in Luxemburg des Gewerkschaftsverbands Anief vor fünf Jahren und des letztes Jahr vom Europäischen Gerichtshof ausgesprochenen Urteils versprochen hat.

*DAF = Deutsch als Fremdsprache

Strand auf Kreta

Griechenland - keine Gefahr sondern eine Chance für Europa

Von den 11 Millionen Griechen sind durch die Troika (EU-Kommission, Europäische Zentralbank und Internationaler Währungsfond IWF) und deren Kürzungspolitik Hunderttausende in Arbeitslosigkeit, Armut und sogar Hunger gestürzt worden. 10% der Griechen stehen ohne Krankenversicherungsschutz da. Die Troika erpresste vor den Wahlen Minister, spielte sich zum Gesetzgeber auf und machte gemeinsame Sache mit den Eliten. So der frühere Verwaltungsminister Antonis Manitakis, er spricht über die Beamten jener o.g. Institutionen von Demütigung und Unterwerfung. Sie verbreiteten „Angst und Schrecken" über Griechenlands Menschen.

Die Banken wurden zu 100% entschädigt, während die Sozialkassen nicht entschädigt wurden, dadurch konnten sie die Renten und Löhne der Ärmsten nicht mehr auszahlen. Fast 96% von 230 Milliarden Kreditsumme ist direkt an die Banken und Gläubiger in Frankreich, Groß Britannien und Deutschland gegangen. Die Politik schaut zu und unterwirft sich den Finanzmärkten. Ein deutscher Ökonom sagte es kürzlich so: „Dies ist ein Geschäftsmodell der Banken darauf zu setzen, dass im Krisenfall die Staatengemeinschaft zur Rettung bereit steht." Die Banken sind ins Casino gegangen, haben gesetzt und verloren!

Bei Staatspleiten zahlen die Armen, das nennt man „Reformen". Wenn die Rentenkassen leer sind, wird die Rente gekürzt und die Lebensarbeitszeit heraufgesetzt. Wenn die Sozialkasse leer ist, werden die Sozialbeiträge erhöht und die Sozialleistungen gekürzt.

Und wenn unser Finanzminister „fassungslos über Varoufakis" ist, wäre es angemessener fassungslos über die Commerzbank oder Deutsche Bank und Luxemburg zu sein. Was dort passiert, da ist Griechenland ein Klacks.

Und jetzt beginnt ein richtiges Klima der Verhetzung, allen voran die BILD, aber auch andere Medien wie „Spiegel" und „Welt", auch das ZDF und die ARD und natürlich auch viele deutsche Politiker. So polemisierte der CSU Generalsekretär Andreas Scheuer auf dem politischen Aschermittwoch seiner Partei: „Den griechischen Halbstarken mit heraushängendem Hemd: denen sage ich, Hemd rein, Gürtel enger schnallen, die Zeit der griechischen Feten mit Wein ist vorbei, jetzt wird endlich gearbeitet..." Oder CSU-Bundestagsabgeordneter Klaus Peter Willisch in der

Bundestagsdebatte über die Fortführung des Hilfsprogramms für Griechenland: „Schauen Sie sich Tsipras an, schauen Sie sich Varoufakis an: Würden Sie von denen einen Gebrauchtwagen kaufen? Wenn die Antwort darauf nein ist, dann stimmen Sie heute mit nein."

Diese Kampagnen sind nicht nur verabscheuungswürdig, sondern auch zutiefst rassistisch. Eigentlich müssten wir das Spiel langsam durchschauen. Schon lange geht es nicht mehr darum, Griechenland zu helfen einen Ausweg aus der fatalen Schuldenökonomie zu ermöglichen. Es geht vielmehr darum Griechenland in der eisernen Klammer der Verschuldung und Alimentierung durch internationale Finanzmarktakteure zu halten, um einen Hebel der neoliberalen Agenda durch Berlin und Brüssel zu haben.

Dabei hat Syriza ein Hauptziel: Griechenland in einer Weise zu reformieren, wie es noch nie versucht wurde und mit einer Entschlossenheit, die früher gefehlt hat. Tsipras sagte noch am 5. Februar: Man wolle die sozialen Ungerechtigkeiten „nach und nach" abbauen, „aber sofort, wie der Blitz, werden wir handeln, um mit dem Regime der Korruption, der Seilschaften und dem ganzen Klientenstaat aufzuräumen".

Und jetzt auch noch der „Stinkefinger" vom Finanzminister Yanis Varoufakis. Als hätten wir und alle anderen keine größeren Sorgen. Im Übrigen zeigt diesen auch schon 1994 der Fußballspieler Stefan Effenberg einem Millionenpublikum und der ehemalige SPD Kanzlerkandidat Peer Steinbrück zierte 2013 gar das Titelblatt des SÜDDEUTSCHE Magazins mit dem Stinkefinger.

Alle deutschen und auch viele internationale Gewerkschaften fordern schon seit 2012 unter der Internetadresse: www.europa-neu-begruenden.de, dass nun endlich mit der neuen griechischen Regierung ernsthaft und ohne Erpressungsversuche verhandelt werden muss. Nichts mehr befürchten die neoliberalen „Hardliner" in Europa, allen voran Merkel und Schäuble, als dass sich Griechenland auf andere Länder übertragen lässt.

Europa tickt deutsch, dabei wünscht man sich nach den Worten von Gregor Gysi „ein europäisches Deutschland und kein deutsches Europa".

Quellennachweis:
LE MONDE diplomatique
Nachdenkseiten
flassbeck-economics
Süddeutsche Zeitung

Interview mit PD Dr. med. Panagiotis Papanagiotou

Interview: Orhan Çalışır

Wie ist die Situation für den einfachen Bürger in Griechenland?

Die Arbeitslosigkeit beträgt mehr als 25%, gerade die jungen Leute finden keinen Job, bei denen ist die Arbeitslosigkeit bei 50%. Es gibt Familien, wo beide Elternteile arbeitslos sind. Die werden finanziert von den Renten der Großeltern. Sehr viele junge Leute verlassen das Land. Diese junge Generation ist die am besten ausgebildete Generation in Griechenland überhaupt. Die wandern aus, weil es keine Perspektive in dem Land gibt. Es gibt Familien, die keinen Strom haben. Wir schreiben das Jahr 2015 und leben in Europa! Da fragt man sich, wo sind die Werte von Europa? Haben die Menschen in Griechenland sich so ein Europa vorgestellt? Haben wir als europäische Bürger mit dem Hilfspaket für Griechenland uns dieses Ergebnis vorgestellt? Es ist somit offensichtlich, dass das griechische Rettungsprogramm vom Jahr 2010 gescheitert ist.

Wie ist es zu der Krise in Griechenland gekommen?

Das ist ein Problem, das in den 1980er Jahren begonnen hat, als Griechenland in die EWG eingetreten ist. Das Land war sicherlich reformbedürftig und Reformen sind nur teilweise geschehen. Ende der 1990er Jahren und mit der Einführung des Euro sind viele Probleme verdrängt worden. Griechenland ist von Politikern regiert worden, die zum einen nicht kompetent, zum anderen korrupt waren. Sie sind leicht ans Geld gekommen, und mit dem Eintritt Griechenlands in die Eurozone haben die Banken ohne Probleme Geld ausgeliehen. Der Haushalt ist nicht ausgeglichen gewesen, und dann ist es zu einem sehr großen Problem geworden. Ich denke, der kritische Moment war der Eintritt in den Euro. Wenn das nicht gewesen wäre, hätte sich das irgendwie ausgeglichen. Man hätte mit der Abwertung der Drachme die Krise auffangen können. Man dachte, ein Euro-Staat wird nie Schuldenprobleme bekommen. Und zehn Jahre später, mit der ersten großen Finanzkrise, hatten wir einen Schuldenberg, der nicht mehr refinanziert werden konnte. Als schwächstes Mitglied der Eurozone war Griechenland das erste Land, was betroffen war.

Warum ist das Rettungsprogramm damals gescheitert?

Ich bin kein Politiker und kein Ökonom, um das komplette Programm zu beurteilen. Ich denke, es gab zwei wichtige Gründe, warum das Programm gescheitert ist. Ich denke, das Programm war falsch. Aber, auch das was am Programm richtig war, hat man nicht versucht ernsthaft umzusetzen. Die unfähigen und korrupten Politiker hatten das Land in die Krise geführt. Und genau diesen Politikern hatte man das Land wieder anvertraut in der Hoffnung, dass sie das Richtige tun. Das ist nicht passiert, weil es auch nicht möglich war. Das Programm von damals und die damit verbundenen Gelder waren wie Sauerstoff für diese Politiker. Wenn sie ihn nicht bekommen hätten, wären die von der politischen Szene verschwunden. Ich vergleiche es damit, wenn man einem überschuldeten Alkoholiker, der das Sorgerecht für sein Kind hat, das Geld gibt, um dem Kind zu helfen und seine Schulden zu zahlen, und am Ende sich darüber wundert, dass dem Kind nicht geholfen wurde.

Der zweite, und wahrscheinlich wichtigste Grund ist, dass zu einem adäquaten Rettungsprogramm, welches auf Reformen und Investitionen zielen würde, parallel ein überlebensfähiger Schuldenschnitt erfolgen musste, der dem Land eine Perspektive geben würde. Dies ist leider in dieser Form nicht geschehen.

War es für die SYRIZA-Regierung ein Fehler, von vornherein den Austritt aus dem Euro auszuschließen? Hätte sie mit dem Druckmittel nicht mehr Verhandlungsspielraum?

Das ist für Griechenland keine Alternative und an leere Drohungen glaube ich nicht. Das wird für das Land eine Katastrophe werden, jetzt eine neue Währung einzuführen. Ich denke, die einzige Möglichkeit ist in der Währungsunion zu bleiben und gemeinsam mit Europa eine Lösung zu finden. Auch eine Lösung für andere Krisenländer in der EU. Griechen-

land ist ja nicht das einzige Krisenland im Euroraum.

Was sagen Sie zu der Haltung der Politiker in Europa, die den Griechen diktieren wollen, was sie genau zu tun haben?

Sie meinen die Beamten der Troika. Das ist natürlich etwas, was nicht funktionieren kann. Jedes Volk muss in der Lage sein zu entscheiden, was sinnvoll für das Land ist. Griechenland braucht Reformen, das ist klar. Die Europäer können dazu beitragen, dass das Land sich wieder erholt. Das muss in Kooperation passieren und nicht, indem die Wirtschaftspolitik von außen diktiert wird, viel mehr von Beamten, die ein komplettes Regierungsprogramm diktieren. Der Beweis, dass dies falsch war, ist die derzeitige Lage im Land - fünf Jahre, nachdem die Beamten der Troika dort das „Sagen" hatten.

Ist SYRIZA in der Lage die Probleme zu lösen? Wie ginge eine Lösung?

SYRIZA ist eine linke Partei und hatte wie in ganz Europa prozentual bei den Wahlen relativ klein abgeschnitten. Weil alle anderen Parteien in den letzten Jahren gescheitert sind, wurde SYRIZA mit ihrem Programm gewählt mit der Hoffnung auf eine bessere Zukunft. Ich bin allerdings sehr skeptisch, was die Mehrheit der Regierungsmitglieder betrifft. Unabhängig davon glaube ich, dass das griechische Problem ein europäisches Problem ist und dies nur als gesamtes gelöst werden kann.

Europa war nicht nur als ein wirtschaftliches Projekt mit der Eurozone gedacht, sondern auch als politisches Projekt. Es sollte auch eine politische Integration folgen, d.h. Europa sollte sich politisch vereinigen. Sonst ist langfristig auch die gemeinsame Währung nicht überlebensfähig. Schritte in diese Richtung sind leider in der Vergangenheit versäumt worden, jetzt ist aber der Zeitpunkt gekommen sich zu entscheiden, welche Richtung Europa nehmen wird. Hier ist die Rolle Deutschlands entscheidend. Die politische Union muss folgen.

Was konkret Griechenland angeht, braucht das Land meiner Ansicht nach zunächst eine tragfähige Umschuldung sowie die Umsetzung von notwendigen Reformen. Griechenland braucht keine neuen Kredite, sondern Investitionen, die Arbeitsplätze schaffen. Wenn Leute denken, das Land kommt nicht aus der Krise und das Land kann aus dem Euroraum austreten, dann wird niemand dort investieren wollen. Vor allem muss Perspektive und Sicherheit her. Eine Perspektive für alle: für die Griechen, aber auch für die diejenigen, die z.B. in Griechenland investieren wollen. Und Europa sollte dafür da sein, um diese Perspektive gemeinsam mit Griechenland zu entwickeln.

PD Dr. med. Panagiotis Papanagiotou ist Jahrgang 1976 und lebt und arbeitet seit 2003 in Deutschland. Als Jugendlicher lebte der Klinikdirektor im Klinikum Mitte sechs Jahre in Deutschland, wo sein Vater als Lehrer tätig war. Er machte in Griechenland sein Abitur und studierte später in Larissa Medizin. Er ist in der Universität des Saarlandes habilitiert, wo er bis 2012 als leitender Oberarzt tätig war. Seit November 2012 leitet er in der Gesundheit Nord am Klinikum Bremen-Mitte und Bremen-Ost die Klinik für Neuroradiologie.

Was sagen Sie zu dem Populismus hier in den Medien und in der Bevölkerung?

Mittlerweile ist klar dass das griechische Rettungsprogramm mehr ein Rettungsprogramm für die verschuldenden Banken war, was als europäische Solidarität gegenüber Griechenland „verkauft" wurde. Dies wird von den meisten Medien in beiden Ländern verschwiegen. Viele denken, sie bezahlen die Rechnungen der Griechen, die mit Geld nicht umgehen können. Dem ist nicht so. Das meiste Geld haben die Banken bekommen, die leichtsinnig Griechenland Kredite gegeben haben. Die griechische Bevölkerung hat leider kaum was von den Geldzahlungen, die im Rahmen der Programme beschlossen wurden. Falls die Geldzahlungen in Griechenland ankommen würden, hätten wir nicht der derzeitige Probleme im Land, die Leute würden z.B. nicht auswandern. Keiner wandert gerne aus. Gerade gut qualifizierte Leute hätten wenig Grund dafür.

Eigentlich müssten diese Banken die Rechnung tragen und nicht wir als Steuerzahler. Es ist somit dazu gekommen, dass Griechen an Deutsche und andere Europäer verschuldet sind, vor allem mit Schulden, die nicht zurückbezahlt werden können, ein Riesenfehler!

AfD und PEGIDAs

Welches Unbehagen lässt solche Protestparteien und –bewegungen entstehen?

Traudel Kassel

Die PEGIDA-Märsche und ihre Ableger in Ost und West haben die Republik aufgeschreckt und es hat von der offiziellen Politik und großen Teilen der Bevölkerung ablehnende Reaktionen darauf gegeben. Auch wenn die Märsche in den verschiedenen Städten an Schwung nachgelassen haben, weil manch einer doch nicht hinter Rechtsextremen herlaufen wollte, die Gründe für das Aufflammen von Unzufriedenheit und Hass sind damit nicht beseitigt. Wo liegen die Ursachen für das Unbehagen in weiten Teilen der Bevölkerung?

Abstiegsängste treiben viele Menschen in Deutschland um. Gewissheiten und Sicherheiten sind verloren gegangen – im Westen vor allem in den letzten 10 Jahren. Im Osten dauert dieser Prozess mittlerweile schon seit 25 Jahren an. Dort sind Hoffnungen nicht erfüllt und Erwartungen enttäuscht worden. Die schockartig durch die Treuhand durchgeführten Privatisierungen in den 90er Jahren haben Spuren bei den Menschen hinterlassen. Viele mussten ihre Heimat wegen des Kahlschlags bei den Arbeitsplätzen verlassen. In Dresden stoßen die Mieterhöhungen durch den Verkauf des gesamten kommunalen Wohnungsbestandes an profitorientierte Konzerne den Menschen auf. Im Westen sind diese Prozesse über viele Jahre schleichend abgelaufen, gehen aber auch immer weiter voran.

Berufliche Kenntnisse und Erfahrungen haben an Wert verloren. Menschen, die lange erwerbslos sind oder in prekären Arbeitsverhältnissen existieren müssen, fühlen sich abgewertet und ausgegrenzt. Aber auch Menschen, denen es heute noch ganz gut geht, sorgen sich um die Zukunft ihrer Kinder und Enkel: sie spüren, dass es diesen schlechter gehen wird als ihnen selbst.

Der entfesselte globale Kapitalismus setzt immer mehr Menschen ungeschützt kapitalistischen Interessen aus. Ungesicherte Arbeitsverhältnisse von Befristung über Teilzeitarbeit bis Leiharbeit und Werkverträgen, die die Existenz kaum sichern, gelten inzwischen für fast die Hälfte aller Erwerbstätigen.

Auch bisher scheinbar gesicherte Betriebe werden von Großkonzernen aufgekauft, umorganisiert. Oder von großen Firmen werden Teile ausgegliedert. Nichts bleibt beim Altgewohnten, selbst dort, wo Firmen/Konzerne gut verdienen. Jüngstes Beispiel ist DHL, das mit 49 neuen Gesellschaften Löhne massiv senken will. Immer schneller, immer flexibler – mit immer weniger Absicherung. Wer's nicht schafft, wird abgehängt. Dieser globale Wettbewerb um die niedrigsten Löhne und schlechtesten Arbeitsbedingungen macht Angst, auch wenn jemand noch nicht selbst davon betroffen ist. Vorhaben wie TTIP und TISA und dadurch drohende Privatisierung elementarer öffentlicher Daseinsvorsorge wie beim Wasser stoßen deshalb auf Unbehagen.

Und die Politik?

Die Politik hat diese Prozesse aktiv unterstützt und zwar unter allen Regierungen seit 1989: Die Regierung Kohl hat die Treuhand zur Abwicklung der DDR-Wirtschaft geschaffen. Anfangs wurden die krassen Einschnitte für die Menschen noch durch Arbeitsbeschaffungs-Maßnahmen abgefedert. Später wurden sie immer mehr zurückgefahren – in Ost und West. Zahllose „Reformen" verschlechterten die Situation bei Renten und im Gesundheitswesen.

Unter der Schröder-Regierung ist der Sozialstaat dann mit der Agenda 2010 „sturmreif geschossen" worden: Die Hartz-Gesetze entrechteten Erwerbslose und ihre Familien und trugen durch diese Bedrohung zu dem schnell wachsenden Niedriglohnsektor bei, Riesters Rentenreform lieferte die Alterssicherung der arbeitenden Bevölkerung dem Gewinnstreben von Versicherungen und Investmentfonds aus.

Außerdem führten Steuergeschenke an Unternehmen und Reichen im Umfang von 60 Milliarden Mark zu einer gigantischen Umverteilung zu Lasten der Beschäftigten. Durch solche Politik ist vielen Menschen das Vertrauen in „ihre" traditionellen Parteien abhandengekommen.

Abschlusskundgebung Demonstration gegen AfD und Rechtspopulismus am 31.01. in Bremen

Dazu kommt, dass immer mehr Entscheidungen in Brüssel getroffen werden. Dort hat die deutsche Politik zwar großes Gewicht. Die Prozesse sind aber intransparenter und weniger nachvollziehbar als im eigenen Land oder in der eigenen Stadt. Es ist bekannt, dass Lobbyisten der Konzerne großen Einfluss auf die Entscheidungen in Brüssel haben.

Vielleicht würde das „Bürger" nicht mal so stören, wäre dieses EU-Europa nicht von einer Krise betroffen, wären die Rettungsversuche mehr als notdürftiges Flickwerk. Menschen spüren, dass sie beschwichtigt werden, aber eine wirkliche Lösung der Probleme nicht in Sicht ist. In manchen europäischen Gesellschaften werden Nationalstaaten durch Unabhängigkeitsbestrebungen in Frage gestellt: Schottland, Spanien, Belgien.

Die Zunahme von kriegerischen Auseinandersetzungen und terroristischen Aktivitäten überall in der Welt macht den Menschen zu Recht Sorgen. Und diese rücken immer näher an sie heran, weil Deutschland mit Auslandseinsätzen immer öfter daran beteiligt ist. Deutschland vertritt seine Rohstoff- und Rüstungs-Interessen immer offener weltweit und trägt damit auch zu den Flüchtlingsströmen aus kriegsverwüsteten Staaten bei. Da hilft auch kein Schönreden mehr von Brunnenbohren und Hilfseinsätzen. Bewusst oder unbewusst nehmen die Menschen wahr, dass sie belogen werden und dass am Ende sie es sind, die die Folgen tragen und alles bezahlen sollen.

Bestechungs-Skandale und persönliche Bereicherung und nicht enden wollende Enthüllungen über das Ausspionieren der Privatsphäre lassen das Vertrauen in die parlamentarische Demokratie und die Bündnispartner bröckeln.

PEGIDA / AFD – oder selbst aktiv werden?

Die Einen mischen sich in Auseinandersetzungen aktiv ein und fordern mehr Bürger-Beteiligung. Wählen alle vier Jahre reicht ihnen nicht mehr – was können sie damit auch verändern? Petitionen zu verschiedensten Themen haben sich vervielfacht. In Verbraucherfragen beschweren sich Menschen über „Murks" und Lebensmittelskandale. In Stuttgart geben sich die Stuttgart-21 Gegner auch nach Jahren nicht geschlagen.

In der Arbeitswelt wird nicht nur um bessere Löhne gekämpft, sondern auch schlechte Arbeitsbedingungen angeprangert. Beispiele dafür sind Amazon oder Kliniken – oder Widerstand gegen Auslagerungen wie zuletzt bei Daimler in Bremen.

Es bilden sich Bündnisse, die von der Politik und der Wirtschaft die Schaffung bezahlbaren Wohnraums verlangen. Initiativen gehen gegen die Militarisierung der Gesellschaft auf die Straße oder organisieren Alltags-Hilfe für Flüchtlinge und tragen deren Belange in die Öffentlichkeit.

Pegida & Co. und ihre schweigenden Unterstützer in der Bevölkerung gehen einen anderen Weg. Sie suchen nach einfachen Lösungen für gefühlte oder tatsächliche Probleme. Jemand muss ja schuld sein an ihrem Unbehagen: Die Politik, die Medien, oder so genannte „Sozialschmarotzer", die ihnen die Butter vom Brot nehmen. Entweder „faule" Arbeitslose oder „faule" Griechen – Arbeitsmigranten aus Süd- oder Osteuropa, denen Einwanderung in das deutsche Sozialsystem vorgeworfen wird – oder eben Flüchtlinge, erst recht, wenn sie aus Afrika oder arabischen Ländern kommen. Es ist eben einfacher, nach Schwächeren zu treten als sich mit den mächtigen Verursachern der Misere in der Gesellschaft anzulegen, die am längeren Hebel sitzen. Sündenböcke zu suchen ist einfacher als zu erkennen, dass es die weltweite Konkurrenz ist, die die weltweiten Probleme von Armut, Krieg und Flucht hervorbringt – und dagegen aktiv zu werden.

Nutznießer ist die „AfD", die es geschickt versteht, die populären Themen Euro und Begrenzung der Zuwanderung in den Vordergrund zu schieben. In Wirklichkeit geht es ihr um einen tiefgehenden Umbau der Gesellschaft – wirtschaftsradikaler als CDU und FDP, arbeitnehmer- und gewerkschaftsfeindlich sowie frauenfeindlich. Auch beim Thema Zuwanderung vertritt sie Unternehmerinteressen. Auch ein Zurückdrängen parlamentarischer Demokratie zugunsten stärkerer Bundes- und Ministerpräsidenten gehört zu ihren Anliegen. Dazu Stärkung von Volksabstimmungen, die durch finanzkräftige Kampagnen von Seiten der herrschenden Kreise, z.B. Unternehmerverbände und -stiftungen, beeinflussbar sind. Das heißt bei der AfD direkte Demokratie. Solche Vorstellungen sind aber auch in Teilen aller etablierten Parteien von CSU bis SPD zu finden.

Aufgabe der fortschrittlichen Kräfte ist eine Politik zu entwickeln, die nah an und mit den Menschen nach Lösungen für die tatsächlichen gesellschaftlichen Probleme sucht. Wenn das nicht gelingt – liegt das auch an deren Versagen. Seien es zivilgesellschaftliche Organisationen, Gewerkschaften, die parlamentarische Linke, die kaum von anderen Parteien zu unterscheiden ist, wo sie mit regiert oder Teile der außerparlamen tarischen Linken, wenn sie sich ihrerseits mit platten Slogans eher von den Menschen trennen, die vom Kapitalismus und seinen vielfältigen Verunsicherungen betroffen sind.

„Bäume sind Gedichte, die die Erde in den Himmel schreibt“

(Khalil Gibran 1883-1931, Philosoph)

Margot Müller

Am 11. März 2015 fand ein weiteres Bürgerforum zum Bebauungsplanentwurf für das neue Hulsberg Quartier statt (Wir berichteten über die Entwicklung bereits seit Nr. 20).

Nachdem Bausenator Lohse „das hohe Maß an Konsens“ zwischen Verwaltung und Bürgern bzw. Initiativen beteuert hatte, kamen die in Wirklichkeit deutlich unterschiedlichen Auffassungen und Interessen zu den drei großen Themen – Mobilität, Freiräume einschl. Baumbestand, und Erhalt der Bestandsgebäude – auf den Tisch.

Über das Thema Mobilität im gesamten Bereich östliche Vorstadt wird in der nächsten WIR ein längerer Artikel erscheinen.

Auf dem frei werdenden Klinikareal gibt es einen umfangreichen (teilweise) alten Baumbestand. Nach und nach wurde bekannt, dass 170 Bäume, rund die Hälfte des Bestandes, der neuen Bebauung weichen sollen. Während Mitglieder der Bürgerinitiative Hulsberg in den vergangenen Wochen direkt am Standort mehrerer imposanter Bäume Vorschläge erarbeiteten, wie durch geringe intelligente Veränderungen der Baufluchten, Fällungen vermieden werden könnten, rechnete auch die Behörde neu und kam nun ohne jede Begründung auf 200 zu fällende Bäume – also noch 30 Bäume mehr!

Gegen die Erklärung, es sollen auch 200 Bäume als Ersatz gepflanzt werden, erhob sich breiter Widerspruch. Ein „Babybaum“ von bestenfalls zwei Metern Höhe kann niemals einen alten Baum mit ausladender Krone ersetzen. Es wurden, je nach Größe des geschlagenen Baumes, mindestens drei Nachpflanzungen für einen gefällten Baum gefordert. Wie sich herausstellte, sieht die Baumschutzverordnung sogar ein Verhältnis von bis zu zehn Nachpflanzungen für eine Fällung vor. Gemessen an der Blattoberfläche, der Kapazität der biologischen Leistung, der Wirkung als Feinstaubfilter, der Menge der CO2 Umwandlung und der Lärm- und Sichtabschirmung, klafft das Verhältnis zwischen großem Bestandsbaum und Neuanpflanzung sogar noch erheblich weiter auseinander.

Eine Anwohnerin aus der Straße Sorgenfrei erinnerte mit einem kleinen Gedicht daran, dass ein hoher Baum, der in einer halben Stunde abgesägt ist, über hundert Jahre wachsen mußte, um seine Größe zu erreichen.

Den Mitgliedern der BI und den Anwohnern ist durchaus klar, dass mit der Wohnbebauung, die eingedenk der Wohnungsknappheit in Bremen eigentlich alle wünschen, ein wesentlicher Teil der Fällungen unvermeidbar ist. Es ist aber erschütternd, mit welcher Gleichgültigkeit die Planung über „zehn Bäume mehr oder weniger“ hinweggeht, statt durch sorgfältige Prüfung jedes einzelnen Standortes, bestimmte große Bäume (Wieviele???: Zehn, fünfzehn, zwanzig oder vielleicht sogar mehr?) vor der Säge zu retten!

Um das Verschwinden der Bäume möglichst bildhaft sichtbar zu machen, haben Mitglieder der BI die entsprechenden Stämme mit leuchtend orangenem Flatterband gekennzeichnet. So wird vor Ort auch deutlich sichtbar, dass fast alle großen Bäume zur Fällung vorgesehen sind. Die Verluste für die Umwelt und das soziale Leben im Quartier betragen also weit mehr als die rechnerische Hälfte.

Vom Zentralgebäude „Bettenhaus“gibt es Positives zu melden. Im Gegensatz zum letzten Entwurf des Bebauungsplanes – der zwingend seinen Abriss vorsah – soll jetzt der Erhalt als „Möglichkeit“ festgeschrieben werden. Das ist an dieser Stelle des Verfahrens ein großer Erfolg.

„Frieden“ mit der Ukraine am 9. Februar 1918

Jörg Wollenberg

Der „Brotfrieden“ vom 9. Februar 1918 sichert Deutschland die „Kornkammer Europas“ mit Hilfe der Separatisten der Ukraine

Mit dem Diktatfrieden von Brest-Litowsk (3.März 1918) zwischen den Mittelmächten und Sowjetrussland wurde das „Mitteleuropa-Projekt“ der „Kriegszielpartei“ der Obersten Heeresleitung (OHL) um Ludendorff und Hindenburg Wirklichkeit. Die Vertreter der Industrie und des Handelskapitals gehörten ab 1914 mit dem AEG-Chef und späteren Außenminister Walter Rathenau und dem Kaffee HAG-Besitzer Ludwig Roselius zu den Propagandisten dieses Projektes: Aus riesigen Gebieten Rußlands entstand damals eine Pufferzone, die von Finnland und den baltischen Staaten über die Ukraine, der Krim bis jenseits des Kaukasus zur türkischen Grenze reichte. Und das Bündnis zwischen Deutschland und dem Osmanischen Reich ermöglichte mit Hilfe der Berlin-Bagdad-Bahn die Eroberung der Erdölfelder im Nahen Osten. Alles wurde kontrolliert und besetzt bis zum Frieden von Versalles (28. Juni 1919) von deutschen Truppen. Ein Eroberungsfeldzug, der Hitlers „Fernziel, ein deutsche Ostimperium auf den Trümmern der Sowjetunion aufzubauen“ schon 1917/18, hatte Realität werden lassen.

Bereits am 9. Februar 1918 hatten das Deutsche Reich und Österreich-Ungarn einen Friedensvertrag mit den Separatisten der Ukrainischen Volksrepublik geschlossen, die zuvor ihre Unabhängigkeit von Russland erklärt hatten. So entstand aus der Zerfallsmasse des Zarenreichs die „Kornkammer Europas“. Mit diesem sog. „Brotfrieden“ endete der Erste Weltkrieg in Osteuropa. So hoffte man die Versorgung mit Nahrungsmitteln für die hungernde deutsche Bevölkerung zu sichern und die Frühjahrsoffensive an der Westfront im März 1918 einleiten zu können. Schon damals mit überraschenden Ergebnissen. So

Nr. 139.

Extrablatt

zu den

Lübeckischen Anzeigen.

Lübeck, 9. Februar 1918. Morgens 7 Uhr

Druck u. Verlag: Gebrüder Borchers G. m. b. H., Lübeck. — Schriftleitung: Dr. W. A. Krannhals, Lübeck.

Friede mit der Ukraine.

Amtlich. Brest-Litowsk, 9. Februar 1918.

Heute am 9. Februar, 2 Uhr morgens wurde der Friede zwischen dem Vierbund und der Ukrainischen Volksrepublik unterzeichnet.

nahm z.B. Alfred Faust, der an der Ostfront eingezogene Bremer Propagandachef von Ludwig Roselius (Kaffee HAG), als USPD-Mitglied am Kongress der Arbeiter und Soldartenräte vom 16. bis 21. Dezember 1918 in Berlin teil – als Abgeordneter der Ostfront, Wahlbezirks Heeresgruppe Kiew/Ukraine. Faust berichtete dort über „wilde Truppen“ und chaotische Zustände der deutschen Heeresgruppe Kiew (Protokoll 31.1.1919, S.205). Er wurde u.a. begleitet von dem im August 1916 in russische Gefangenschaft geratenen Ernst Reuter, dem späteren Berliner Oberbürgermeister. Reuter hatte es als damaliger Anhänger der Bolschewiki bis zum Kommissar der autonomen Wolgadeutschen Republik gebracht. Er nahm am Gründungskongress der KPD Ende Dezember 1918 in Berlin teil und blieb als Wortführer der „Linken“ bis zum Parteiausschluss im Januar 1922 KPD-Generalsekretär – unter seinem Parteinamen Ernst Friesland.

Das Handelskapital der Hansestädte auf Raubzügen im Osten

Der als „historische Stunde“ gefeierte Gewaltfrieden von Brest Litowsk sicherte für kurze Zeit den Beginn einer deutschen Vorherrschaft in Osteuropa. Diese Zeit nutzte die Hanseatische Kaufmannschaft zur Gründung einer „Gesellschaft für internationale Unternehmungen“, um den deutschen Außenhandel auszudehnen und wichtige Teile der baltischen Provinzen Russlands auszubeuten. Die Beteiligung des führenden Hamburger Bankiers Max Warburg und des Ruhrindustriellen Hugo Stinnes sicherte die Kreditbeschaffung ab. Noch im März 1918 gelang es ihnen, mit dem Bukarester Vertrag eine Neuordnung der rumänischen Erdölwirtschaft unter Einschluss der galizischen Ölfelder abzuschließen. Und schon im Dezember 1917 hatten sie eine neue Mineralöl-Handels- und Beteiligungsgesellschaft gegründet, der sich auch Albert Ballin von der Hapag für den Verein der Hamburger Reeder angeschlossen hatte. Diese Raubzüge der Hanseatischen Kaufmannschaft sollten mit ihrem Drang gen Osten im Zweiten Weltkrieg einen neuen Höhepunkt erreichen. Vor allem die Bremer Getreide-, Wolle-, Kaffee- und Tabakkaufleute profitierten ab 1941/42 von den Morden und Raubzügen in den besetzten Gebieten im Osten. Allein 15 Niederlassungen entstanden in der Ukraine, angeführt von Roselius, Wolfgang Ritter (Brinkmann), Wilhelm Biedermann, Focke, Kuhlenkampff, Arnold Duckwitz. Abgesichert durch die Wehrmacht und die SS-Einsatzgruppen und geschützt von den hanseatischen Polizeibataillonen und den deutschen Polizeidienststellen vor Ort gründeten die Handelshäuser ihre Niederlassungen vor allem in der Ukraine und auf der Krim, aber auch in Reval/Tallinn und Riga. Karl Schneider hat diesen Akt der Beteiligung der „Pfeffersäcke“ an Kriegsverbrechen in seiner 2011 veröffentlichten Dissertation über die „Bremer Polizeibataillone und der Holocaust“ dargestellt. Und die von Karl-Heinz Roth vorgelegte Studie über „Reemtsma auf der Krim“ (2011) liefert

Europäische Zukunftskarte der Alldeutschen – Roselius dachte in ähnlichen Dimensionen

weitere bedrückende Belegstücke am Beispiel der Tabakhandelsfirmen unter der Ägide der Martin Brinkmann AG und des Reemtsma-Konzerns. Beide hatten sich im Frühjahr 1942 zu einer Tabakbau- und Handelsgesellschaft zusammengeschlossen, um in der Ukraine und im Nordkaukasus ein Syndikat der Tabakproduktion zu gründen. Mit Hilfe der skandalösen Ausbeutung von Zwangsarbeitern gelang ihnen ein riesiger Profit. Sie übernahmen in der zuständigen staatlichen „Zentralen Handelsgesellschaft Ost für landwirtschaftlichen Absatz und Bedarf GmbH" (ZO) mit 230 deutschen Einsatzfirmen und 1500 deutschen Verwaltern in den Hauptgeschäftsstellen der Ukraine und Kaukasiens eine Vorreiterrolle beim Einsatz von rund 5500 deutschen Kadern (Sonderführern) und etwa 520.000 zur Zwangsarbeit verurteilten einheimischen Arbeitskräften. Die Kaufleute halfen dabei, die sowjetische Landwirtschaft auszuplündern, Wehrmacht und Okkupationsbehörden mit Agrarerzeugnissen zu beliefern und den Weitertransport von geraubten Waren ins Reich durchzuführen. Dieser „Erfolg" beruhte auch mit auf den Formen der polizeilich-militärischen Kollaboration und den von den Sonderkommandos der SS befehligten Selbstschutz–Kompanien in der Ukraine, unterstützt dabei von einheimischen Verwaltungskadern, die sich nach den jeweiligen lokalen ethnischen Strukturen in der Regel aus Russen, Ukrainern und anderen Minderheiten (außer Juden) zusammensetzten.

Das Ausschweigen der rigorosen Ausplünderungspraktiken und das Wissen von Mordaktionen gehört bis heute zu den kollektiven Verdrängungsmechanismen. Nach wie vor bleibt es eine ungelöste Aufgabe, Funktion und Rolle der deutschen Einsatzfirmen der Zentralen Handelsgesellschaft Ost aufzuarbeiten, die mehr als eine halbe Million Arbeitskräfte aus der SU schamlos ausbeuteten, ohne dass bislang für eine Wiedergutmachung der Überlebenden gesorgt wurde. Ganz

zu schweigen von jenen Firmen, die nach den Luftangriffen Teile der Produktion in die besetzen Länder oder in die Nähe von Konzentrationslagern umsiedelten. Der Bremer Focke-Wulf-Flugzeugbau mit dem Großaktionär Roselius errichtete z.B. ein großes Werk in der Nähe vom KZ Stutthof bei Danzig und ließ dort Motoren bauen. Der Weser–Flugzeugbau errichtete im Sudentenland bei Rabstein einen Zweigbetrieb, in dem 650 Häftlinge Stollen für den Flugzeugbau in das Gebirge treiben mussten. Und die Firmenleitung forderte außerdem den Bau eines Barackenlagers im KZ Flossenbürg.

Bleibt noch anzumerken: Diesen „auswärts eingesetzten" NS-Tätern gelang nach 1945 in der Regel die konfliktlose Rückkehr in die Zivilgesellschaft. Trotz der Verurteilung als Kriegsverbrecher wurde z.B. Karl Schulz, der Leiter der Einsatzgruppe B und Adjutant von Arthur Nebe, 1946 als Major in eine Planstelle beim Stab des Chefs der Polizei in Schleswig-Holstein eingewiesen. 1952 kehrte er als Kriminaldirektor nach Bremen zurück. Und Erwin Schulz, der ehemalige Bremer Gestapo-Chef und in Nürnberg als Massenmörder zu 20 Jahren Zuchthaus verurteilte Leiter eines Einsatzkommandos der Sicherheitspolizei und des SD, konnte 1954 auf Bitten des Bremer Senats die Haftanstalt Landsberg vorzeitig verlassen und als verurteilter Kriegsverbrecher seine Dienstbezüge mit einem Übergangsgeld bis zu seiner Pensionierung beziehen. Zwei von zahlreichen Beispielen als Folge des in den norddeutschen Hansestädten herrschenden Schweigepaktes über die NS-Zeit zwischen Kaufmannschaft und sozialdemokratischer Arbeiterbewegung. Ein Schweigepakt, der wirkungsvoll bis heute fortbesteht.

Literaturhinweise:

Jörg Wollenberg: Mit den „Ideen von 1914" zum „Geist von Potsdam" 1933 (Ludwig Roselius); in: Heiner Karuscheit u.a.: Macht und Krieg. Hegemoniekonstellationen und Erster Weltkrieg, Hamburg (VSA) 2015, S.95-116); Bremen 1933-1945. Vom Handelszentrum zur Rüstungsschmiede, 1983 (Ausstellungskatalog); Dieter Pfliegensdörfer: Vom Handelszentrum zur Rüstungsschmiede. Wirtschaft, Staat und Arbeiterklasse in Bremen 1929 bis 1945, Bremen 1986; Karl Schneider: Auswärts eingesetzt. Bremer Polizeibataillone und der Holocaust; Essen (Klartext) 2011; Karl Heinz Roth: Reemtsma auf der Krim. Tabakproduktion und Zwangsarbeit unter der deutschen Besatzungsherrschaft 1941-1944, Hamburg (Nautilus) 2011

Jörg Wollenberg

Prof. Dr. phil., geb. 1937 in Ahrensbök/Ostholstein; Studium der Geschichte, Germanistik, politische Wissenschaften und Philosophie an den Universitäten Hamburg, Göttingen und Paris. Promotion (1975). Pädagogischer Mitarbeiter bei „Arbeit und Leben" in Hannover und Göttingen (1966–1971), Leitung der Volkshochschule der Stadt Bielefeld (1971–1978).
Seit 1978 Professor für Weiterbildung mit dem Schwerpunkt politische Bildung an der Universität Bremen. Mitglied u.a. der GEW und der IG Metall seit 1967.

Leserbriefe

Wolfgang Bielenberg, unser Redaktionsmitglied berichtet aus Neuseeland

Liebe WIR-Redaktion,

nachdem ihr mich nun für zwei Monate (leider auf eigene Kosten) nach Neuseeland geschickt habt, hier ein paar Eindrücke:

Nach einer reinen Flugzeit von über 24 Stunden (plus der Stunde Bahnfahrt von Bremen nach Hamburg) haben wir (meine Frau und ich) Auckland auf Neuseeland erreicht. (Auckland ist zwar die größte, nicht aber die Hauptstadt von Neuseeland. Das ist Wellington.) Damit befinden wir uns genau am anderen Ende der Erde – jeder weitere Kilometer Flug wäre wieder näher dran an Bremen. Oder, wenn man in unserer Stadt ein Loch durch den Erdmittelpunkt bohren würde, kämen wir wo wieder raus? Richtig, in Auckland. Oder zumindest in der Nähe.

Zusätzlich zur Flugzeit von einem Tag kommen 12 Stunden Zeitverschiebung. Wenn wir in Bremen 8 Uhr morgens haben, ist es auf Neuseeland 20 Uhr. Das äußert sich bei uns in einem kräftigen Jetlag, der unsere Aufmerksamkeit – auch nach reichlich Schlaf -- in den ersten Tagen einschränkt.

Dabei ist volle Aufmerksamkeit nötig. In Neuseeland herrscht Linksverkehr. Wenn wir die Straße überqueren, müssen wir zuerst nach RECHTS, in der Mitte dann nach LINKS schauen.

Gefahren wird links, überholt rechts. Glücklicherweise fahren die Neuseeländer grundsätzlich sehr rücksichtsvoll und bremsen auch für deutsche Autofahrer, die auf der falschen Seite entgegen kommen...

Außerdem hat man viel weniger Verkehr. Während in der Bundesrepublik sich auf einem Quadratkilometer 226 Menschen drängeln, sind es in Neuseeland ganze 16. Dabei ist das Land ¾ so groß wie unseres. Und das macht sich bemerkbar: Durchweg läuft vieles in diesem Land geruhsamer. Die Menschen sind freundlich und offen.

Wir sind auf der anderen Halbkugel der Erde. Während Bremen auf den Frühlingsanfang wartet, ist hier Spätsommer mit Temperaturen von 25 bis 30 Grad Celsius. Und die dafür verantwortliche Sonne wandert nicht im Uhrzeigersinn (also rechts herum) sondern linksrum. Mittags steht sie im Norden und „im Süden ist sie nie zu sehen".

Was noch erstaunt: Das Wasser im Abfluss läuft rechts herum ab. Grund dafür ist die Corioliskraft, sie sorgt auch dafür, dass die linken Flussufer in Flussrichtung stärker erodieren und die Winde die Hochdruckgebiete im Uhrzeigersinn umwehen. (Tipp für Interessierte: Mal googeln!)

Trotz und wegen dieser natürlichen Bedingungen ist es schön hier. Von schneebedeckten Bergen und Gletschern ist man schnell im „Bush" (Urwald), die Vegetation ist üppig und fast jahreszeitenlos. Neuseeland hat zigtausend Kilometer Küsten, die teilweise steil ins Meer stürzen oder in weiten Buchten und langen Stränden enden. Naturschutz wird groß geschrieben. (Die britischen „Entdecker" Neuseelands (James Cook 1769) und deren Nachkommen mussten sich mit den dort lebenden Maoris vertraglich einigen, was Kultur wie Natur gut bekommen ist). Neben freundlichen Hinweisen setzt es bei Zuwiderhandlungen deftige Strafen.

Früher ein rein agrarisch geprägtes Land (Rinder, Schafe, Wein und Kiwi--Früchte) hat sich Neuseeland industriell entwickelt, zunehmend wird mit China und Südostasien Handel getrieben. Der Tourismus hat gewaltig zugenommen und ist inzwischen zum zweitgrößten Wirtschaftsfaktor geworden. Das macht sich an den Preisen bemerkbar: Neuseeland ist teuer.

Ansonsten leben Menschen hier wie wir und plagen sich mit sehr ähnlichen Problemen herum. Soziales Gefälle, Landflucht, Drogen kommen auch hier vor. Auch hier regt sich Kritik an der Regierung: Das gesetzliche Renteneintrittsalter (die Einheitsrente kriegt hier jeder!) soll von 65 auf 70 Jahre heraufgesetzt werden. Und: Auch Neuseeländische Politiker und Wirtschaftsvertreter verhandeln wie bei uns unter weitgehendem Ausschluss der Öffentlichkeit am Freihandelsabkommen TTIP – und auch hier regt sich Widerstand dagegen, wie wir auf einer Demonstration in Nelson erlebten.

Alles im Allen: Wir erleben eine große Reise mit vielen phantastischen Eindrücken, die wir nicht vergessen werden.

Heideruh: eine antifaschistische Erholungs- und Begegnungsstätte

Vor kurzem wurde in der unteren Rathaushalle die Ausstellung zum europäischen Widerstand gegen den Hitlerfaschismus gezeigt. Diese Ausstellung, die von der VVN/BdA (Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der AntifaschistInnen) und der FIR (Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer) erstellt wurde, wird in den nächsten Monaten in verschiedenen Orten der Bundesrepublik zu sehen sein. Martin und ich hatten die Ausstellung zunächst aus Berlin nach Bremen und nach der Ausstellung nach Heideruh gebracht. Die antifaschistische Erholungs- und Begegnungsstätte Heideruh, im Kreis Harburg in der Lüneburger Heide gelegen, kannten wir schon von einem früheren Besuch. Diesmal erfuhren wir mehr über die Geschichte des Hauses. Ein ForscherInnenkollektiv der Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin hat die Geschichte von Heideruh erforscht.

Das erste Holzhaus wurde Anfang des 20. Jahrhunderts erbaut. Ende der 20er, Anfang der 30er Jahre erwarben Nazigegner das Haus. Nach 1933 traf sich hier eine Hamburger Widerstandsgruppe. Nachdem die Gruppe aufgeflogen und einer der führenden Widerständler verhaftet worden war, wurde das Haus von den Nazis einem Hamburger Unternehmer als „Gefolgschaftsheim“ zur Verfügung gestellt. Unmittelbar nach der Befreiung durch britische Einheiten im April 1945 wurde das Heim von ehemaligen Inhaftierten und aus dem Exil zurückgekehrten WiderständlerInnen in Besitz genommen. Parallel zum Komitee ehemaliger politischer Gefangener, der späteren VVN, nutzte auch die kommunistische Jugendorganisation Freie Deutsche Jugend das Haus. Die FDJ war bereits in den 30ern von deutschen EmigrantInnen im Exil gegründet worden. In Heideruh wurde eine Jugendleiterschule errichtet, die junge Leute aus Niedersachsen, Hamburg und Schleswig-Holstein ausbilden sollte. In der Zeitung WIR, Mitteilungsblatt der Freien Deutschen Jugend Landesverband Hamburg, ist ein Schulungsplan von 1947 nachzulesen: „Geschichte der Jugendbewegung“, „Gewerkschaften“, „Was ist Demokratie?“, „Jugend und Verfassung“, aber auch Programmpunkte wie Lieder, Tanzen, Theaterspielen, Zeitungslektüre und Zeitungserstellung lassen sich dort finden.

Ab 1948 gibt es keine Nachweise mehr für die FDJ in Heideruh. Der Kalte Krieg hatte begonnen, es kam erneut zu Kommunistenverfolgung, schließlich zum Verbot der FDJ.

Aber Heideruh bestand weiter in den unterschiedlichsten Nutzungsformen und Trägerkonstruktionen. Als Kinderheim, später als Erholungsheim der VVN, als Verein oder Genossenschaft.

Heute ist Heideruh antifaschistische Erholungs- und Begegnungsstätte. Man kann dort tagen oder Urlaub machen. Es gibt 21 Zimmer mit 38 Betten. Für Familien gibt es eine Wohnung für 6 Personen. Teile der Einrichtung sind behindertengerecht. Nach Absprache können Gäste (am nächsten Bahnhof oder ab 3 Personen auch im Umkreis von 350 km) abgeholt werden.

Heideruh ist idyllisch im Wald gelegen. Es gibt viele Wanderwege und einen Radfernweg in unmittelbarer Umgebung.

Und man kann mal nachlesen, was schon mal in der Zeitung WIR gestanden hat.

Näheres: Wohn- und Ferienheim Heideruh e.V., www.heideruh.de/

Barbara Heller

1.Mai 2015 in BREMEN

09:00 **Ökumenischer Gottesdienst** - St. Johann
Fair Arbeiten – Gut Wirtschaften:
Für eine gerechte Zukunft!
Kanzelrede: Prof. Dr. Uwe Schneidewind
Wuppertal-Institut

10:15 **Sammeln zur Demonstration**
Parkplatz des Weserstadions
Abmarsch: ca. 10:45 Uhr

12:05 **Kundgebung auf dem Domshof**

Annette Düring
DGB-Vorsitzende Bremen

Schwerpunkt: Jugend
Tatjana Basow, ver.di Jugend
Frank Linhart, JAV Beck`s, junge NGG
Mareike Schmidt, IG-Metall Jugend

13:30 **1.Mai-Fest**
mit Livemusik „Miss Groovanova“
Essen & Trinken

V.i.S.d.P.: DGB Bremen, Elke Weser, Daniela Tannich, Bahnhofsplatz 22-28, 28195 Bremen

DGB

DGB.DE

Impressum:

Die Zeitung wird gefördert durch die GEW Bremen, IG Metall Bremen und ver.di Bremen. Über weitere MitarbeiterInnen würden wir uns freuen. Auch Kritik und Anregungen sind uns willkommen.

Herausgeber und Kontakt:
Arbeitskreis DGB-SeniorInnen Bremen
c/o Gerd Bohling, Dieter Tarnowsky
DGB-Haus Bremen
Bahnhofsplatz 22-28, 28195 Bremen

RedaktionsmitarbeiterInnen:
Wolfgang Bielenberg, GEW, Detlef Dahlke, Hugo Köser, Hermann Wilkening, IGM
Traudel Kassel, Inge Markowsky,
Margot Müller, Karla Vendt, Bernd Krause
Günther Wesemann, Brigitte Wilkening, ver.di

V.i.S.d.P.
Manfred Weule
Redaktionsadresse:
Bildungsvereinigung Arbeit und Leben,
Tel.: 0421 / 960 89 12
e-mail: m.weule@aulbremen.de
e-mail: hugo.koeser@web.de
(Bitte Briefe an beide Adressen zuschicken)